



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 3/2024



Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, wird am zweiten Tag der Landkreisversammlung in Wunsiedel freudig in Empfang genommen.

Landkreistag und Staatsregierung Hand in Hand (vom Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL) S. 16

Energiegeladene Landkreise – Forderungen des Bayerischen Landkreistags zur Energiewende im Rahmen der Landkreisversammlung 2024 ... S. 7

Energiegeladene Landkreise – Zahlen & Fakten S. 14



Editorial 3

Landkreisversammlung

Weniger Bürokratie, mehr kommunale Handlungsfreiheit, mehr Bürgerfreundlichkeit und Bezahlbarkeit für eine gelungene Energiewende ... 5

Energiegeladene Landkreise – Forderungen des Bayerischen Landkreistags zur Energiewende im Rahmen der Landkreisversammlung 2024 .. 7

Energiegeladene Landkreise – Zahlen & Fakten 14

Landkreistag und Staatsregierung Hand in Hand (vom Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL) 16

Gastbeitrag von Hubert Aiwanger, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie 21

Verkonsumieren wir unsere Zukunft? Energie- und Verkehrswende auf dem Prüfstand (von Christian Bernreiter, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr) 22

Landkreise als Gamechanger? (von Landrat Franz Löffler) 26

Zukunftsfähige Energieversorgung ist in Wunsiedel Realität (von Marco Krasser, Geschäftsführer der SWW Wunsiedel GmbH) 29

Standortfaktor Energiewende (von Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.) 32

Energie-Innovation in Bayern: Marktführer 1KOMMA5° stärkt seine Präsenz in Süddeutschland 34

Rita Röhl und Matthias Diebl offiziell verabschiedet 36

Impressionen 38

Impressum:

Herausgeber:
Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags
Landkreistags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Mut, Kreativität und dem Willen, etwas zu ändern, kommt man weit. Das hat bei unserer Landkreisversammlung in Wunsiedel i. Fichtelgebirge der gastgebende Landkreis mit seinem Wunsiedler Weg der Energiezukunft gezeigt. Anfang der 2000er musste man sich schon etwas trauen, wenn man auf ein dezentrales, regionales und unabhängiges Energiesystem, das vollständig auf erneuerbaren Energien basiert, setzte. Die Stadtwerke Wunsiedel, an der u.a. Bürger und Kommunen beteiligt sind, haben es einfach gemacht und dürfen sich heute deswegen selbst als Blaupause der Energiewende in ganz Europa bezeichnen.

Die Energiewende in den Mühlen der Bürokratie

Auch die bayerischen Landkreise standen seit der Landkreisversammlung 2022 in Rosenheim und der dortigen Zusage des Bayerischen Ministerpräsidenten in den Startlöchern, um – wie bis dahin ausschließlich den Städten und Gemeinden erlaubt – regenerative Energie zu erzeugen und auf den Markt zu bringen. Allerdings wurde Letzteres mit juristischer Spitzfindigkeit ausgelegt und im bürokratischen Prozess höchst restriktiv behandelt, so dass die Landkreise tatsächlich bei Verkauf und Vermarktung benachteiligt waren. Es brauchte unsere Landkreisversammlung in Wunsiedel i. Fichtelgebirge, um das durch unseren Ministerpräsidenten geradezurücken und den bayerischen Landrätinnen und Landräten das zuzusagen, was eigentlich selbstverständlich ist: die Vermarktung der von ihnen erzeugten erneuerbaren Energie.

Bürokratiestopp

Gesetze und Vorschriften sind zweifellos wichtig, um den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten und geregelte Abläufe zu ermöglichen. Bürokratie ist nicht per se schlecht. Sie dient dazu, Ordnung und Struktur zu schaffen und Missbrauch vorzubeugen. Aber sie sollte eine Dienerin sein und nicht eine eigene Instanz, Zeiträuberin und Ressourcenverschlingerin. Die unsichtbare Riesin, die unsere täglichen Aufgaben und Entscheidungen behindert, Prozesse verlangsamt, die Kosten erhöht, die Kreativität und den Entscheidungsmut lähmt, ist zu maßlos geworden und braucht deswegen eine Generalüberholung. Wir leben in einer Zeit, in der Innovation und Flexibilität in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind. Bürger, Wirtschaft, Politik und Verwaltung müssen wieder ihren tatsächlichen Aufträgen und Zielen nachgehen können. Wir danken der Bayerischen Staatsregierung, dass sie jetzt Ernst macht



Landrat Thomas Karmasin
Präsident des Bayerischen Landkreistags



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

in ihrem Bemühen um Entbürokratisierung und bei jedem Standard fragen wird, brauchen wir ihn? Und wenn ja, brauchen wir ihn so?

Die Grenzen des Sozialstaates

Der Verlust von Maß und Mitte ist zuweilen schon fast ein Phänomen unserer Zeit. Ein Sozialstaat soll Menschen in Not helfen und eine gerechte Gesellschaft för-

dern. Und zweifelsohne dürfen diejenigen, die wirklich Hilfe benötigen, nicht im Stich gelassen werden. Der maßlose Umgang – vor allem der Bundespolitik – mit den Möglichkeiten, die wir dank der Erfolge unserer Wirtschaft hatten, führt allerdings zunehmend zu einer alarmierenden finanziellen und personellen Überlastung. Da die Mittel nicht maßlos vorhanden sind, weil u.a. die Mühlen der Bürokratie sowie externe Entwicklungen bereits ihre Tribute fordern, ist der Bund gefordert, einen neuen Kurs einzuschlagen. Dieser muss u.a. die Frage beantworten, ob das Bürgergeldsystem oder die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Ausländer wirklich der richtige Weg sind oder ob es nicht doch maßvollere und zugleich ausreichende Mittel und Wege gäbe.

Die Finanzen: das Rückgrat der kommunalen Handlungs- und Leistungsfähigkeit

Maßlos schlecht ist auch der Umgang des Bundes mit den Kommunen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und spielen eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung von grundlegenden Dienstleistungen und der Förderung des Gemeinwohls. Unsere Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind in den letzten Jahren stetig gewachsen. Doch die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel halten oft nicht mit dem Bedarf Schritt. Zunehmend sehen wir, dass wir gezwungen sind, unsere begrenzten ureigenen kommunalen Ressourcen für immer mehr auferlegte Aufgaben aufzuwenden, die uns vom Staat übertragen, aber nicht ausreichend finanziert sind. Insbesondere die Bundesregierung erlässt gerne neue Gesetze und Verordnungen, ohne die kommunale Sichtweise vorab im politischen Prozess überhaupt anzuhören und in Folge natürlich ohne die nötige finanzielle und personelle Ressource. Wir werden zu Abhängigen des Bundes und müssen um jeden Euro kämpfen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Prominentestes Beispiel ist der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz für alle Grundschulkinder ab dem Jahr 2026. Aber auch an anderer Stelle zieht sich der Bund aus der Verantwortung: Der chronische Geldmangel vieler unserer Krankenhäuser aufgrund der Unterfinanzierung des für die Betriebskosten zuständigen Bundes wird zu

einem ungesteuerten Prozess der Schließung von eigentlich notwendigen Häusern führen. Einrichtungen der Daseinsvorsorge werden so sehenden Auges im Stich gelassen.

Neuer Umgang der Bundesregierung mit den Kommunen

Was die Kommunen für die Bürger bedeuten, hat sich leider wieder beim jüngsten Hochwasser in Bayern gezeigt. Besonders in Krisenzeiten sind wir diejenigen, auf die es ankommt. Die Landratsämter als untere Katastrophenschutzbehörden sind in dieser bedrohlichen Situation zu Höchstform aufgelaufen und haben Leben gerettet und Hab und Gut vieler Menschen vor noch größeren Schäden bewahrt.

Aber auch ohne existentielle Krisen sollte den Kommunen die ihnen zustehende Wertschätzung entgegengebracht werden. Kommunen sind der Ort, an dem die Menschen leben, arbeiten und ihre Familien großziehen. Sie bieten nicht nur Schulen, Krankenhäuser und andere wichtige Einrichtungen, die das Leben lebenswert machen, sie sind auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Und nicht zuletzt sind sie der Ort, an dem Demokratie gelebt und gestärkt – oder eben gefährdet – wird. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung ihren Umgang mit uns grundlegend überdenkt, ihre Verantwortung uns gegenüber ernst nimmt und die Kommunen als die Keimzellen des Staates respektiert und stärkt.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Vizekanzler Dr. Robert Habeck, MdB, hat am 1. Tag unserer Landkreisversammlung genau hingehört, wo der Schuh drückt und selbst gestaunt, welche Hürden sich im Alltag auftun. Wir werden bei unserer Landrätetagung in Berlin im Herbst persönlich mit ihm sprechen können.

Die Landrätetagung in Berlin liegt noch vor uns. Die Erinnerung an unsere gelungene Landkreisversammlung am 15./16. Mai in Wunsiedel i. Fichtelgebirge können Sie auf den folgenden Seiten auffrischen. Wir freuen uns auf unsere nächsten gemeinsamen Termine!

Ihr

Thomas Karmasin

Ihre

Andrea Degl



Weniger Bürokratie, mehr kommunale Handlungsfreiheit, mehr Bürgerfreundlichkeit und Bezahlbarkeit für eine gelungene Energiewende

Im Fokus der diesjährigen Landkreisversammlung des Bayerischen Landkreistags in Wunsiedel i. Fichtelgebirge war die Energie- und Verkehrswende. Bei deren Umsetzung und Ausgestaltung gibt es viele offene Fragen, die bedeutend für die gesellschaftliche Akzeptanz und damit den Erfolg der Maßnahmen vor Ort sind. Am 15. Mai hatten der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, und die Gäste der Versammlung die Möglichkeit, sich mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Vizekanzler Dr. Robert Habeck, MdB, auszutauschen. Daneben gab es u.a. eine Diskussionsrunde an welcher Dr. Ingrid Nestle, MdB, Sprecherin für Energiewirtschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Bayerische Wirtschaftsminister und stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger, MdL, Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, MdL, Landrat Franz Löffler, Cham, der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag und Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, teilgenommen haben. Zusätzlich bestand die Möglichkeit zur Besichtigung des Energieparks Wunsiedel.

Kommunale Mitsprache im politischen Prozess

Im Austausch mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Vizekanzler Dr. Robert Habeck, MdB, verdeutlichte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, dem fernen Berlin die Punkte, an denen die Energiewende oft hängt: „Wir brauchen weniger Vorschriften, mehr Geld und ein stärkeres Mitspracherecht zur Frage, was vor Ort Sinn macht. Eine Umfrage im Vorgriff auf unsere Landkreisversammlung unter allen 71 Landkreisen zeigt, dass 90 % der bayerischen Landkreise der Auffassung sind, dass der Gesetzgeber nicht immer die richtigen Weichen für die Energiewende gestellt hat. Als diejenigen, die die Gesetze vollziehen sollen, wissen wir oft nicht mehr, was gilt. Aufgrund wechselnder Vorgaben herrscht ein investitionsfeindliches Klima. Das kann so nicht weitergehen“, so Karmasin weiter.

Rückendeckung vom Vizekanzler

Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck, MdB, sprach den Kommunen zu: „Die Unterstützung der Kommunen ist zentral für den Erfolg der Energiewende. Sie sind unverzichtbarer Partner beispielsweise bei Planungs- und Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien-Anlagen, beim Netzausbau oder der Wärmewende. Die damit verbundene Bürokratie muss auf ein notwendiges Maß reduziert werden.“

Appell an die Vernunft aller Beteiligten

Auch der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, MdL, war auf Linie der Landrätinnen und Landräte: „Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch unsere Wirtschaft maßgeblich beeinflusst. Wir benötigen bezahlbare, sichere und gleichzeitig erneuerbare Energie. Das ist teilweise ein Zielkonflikt, dem wir uns aber stellen. Es erfordert Intelligenz, die vorhandene erneuerbare Energie effektiv zu nutzen. Umso wichtiger ist es, dass wir in innovative Speicher- und Wasserstofftechnologien investieren, um Überschussstrom kostengünstig zu verteilen. Die Vernunft aller Beteiligten ist gefordert, damit am Ende ein für alle verträglicher und sinnvoller Weg gegangen wird.“

Unterstützung des Freistaates für die Kommunen beim öffentlichen Nahverkehr

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter betonte, dass der Freistaat die Kommunen beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs unterstütze: „Die bayerischen Kommunen sind auf einem guten Weg! Viele haben mit Unterstützung des Freistaats flexible Bedienformen wie Rufbusse eingerichtet, wir greifen bei der Umstellung auf nachhaltigere Klimabusse unter die Arme und haben die ÖPNV-Zuweisungen im Vergleich zu 2017 nahezu verdoppelt. Allerdings laufen die Kosten gerade in allen Bereichen davon, deshalb brauchen wir auch ausreichend Finanzmittel durch den Bund, der sich gerade bei den Regionalisierungsmitteln und auch

bei der Förderung von Bussen mit alternativen Antrieben aus der Affäre zieht.“

Zusätzliche staatliche Mittel für die Antriebswende und den Angebotsausbau

Auch bei der Verkehrswende ging es u.a. um die schwierigen Rahmenbedingungen für den Umstieg auf batterieelektrisch- oder wasserstoffgetriebene Fahrzeuge und damit um politische Ziele, die sich am realistisch Machbaren orientieren. „Mobilität ist trotz immer sparsamerer Fahrzeuge einer der größten Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. Da die Einsparziele in den letzten Jahren verfehlt wurden, versuchen EU und Bund den CO₂-Ausstoß durch die verpflichtende Umstellung auf alternative Antriebe einzudämmen. Die Umsetzung trifft die Landkreise insbesondere im ÖPNV unmittelbar. Egal ob Fahrzeuge selbst beschafft oder an Busunternehmen Verkehrsverträge vergeben werden, sind die Vorgaben zu erfüllen. Busse mit alternativem Antrieb sind doppelt so teuer wie Dieselsebusse und deren Reichweite ist wesentlich geringer, weshalb zusätzliche Busse und mehr Fahrer wegen kürzerer Umlaufstrecken notwendig sind. Bei unveränderten Rahmenbedingungen wird es mangels finanzieller und personeller Ressourcen zu einem Angebotsabbau im ÖPNV kommen. Wir benötigen zusätzliche staatliche Mittel, um die Antriebswende und den Angebotsausbau möglich zu machen“, so Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag.

Ein energisches Duett und der Austausch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten am zweiten Tag

Am 16. Mai ging es nach einem kurzen Warm-Up durch Christine Völzow von der vbw und Sophia Rödiger von 1KOMMA5° um alles, was die Bevölkerung schon heute spürt und verunsichert. U.a. eine überbordende Bürokratie, Finanz- und Personalnöte, Krankenhausreform und Asylkrise schränken zunehmend die kommunale Handlungsfähigkeit ein. Was für die dringende Kehrtwende getan werden muss, diskutierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL.

Der gastgebende Landkreis

Der gastgebende Landrat Peter Berek und sein Team scheuten keine Mühen, um die Innovations- und Zukunftsfähigkeit des Landkreises zu zeigen. Sein Resümee: „Wir blicken auf zwei erfolgreiche Tage zurück. Wir haben uns als gastliche Region zeigen können – das Fichtelgebirge, wie es leibt und lebt, eben der Freiraum für Macherinnen und Macher. Und wir haben auch thematisch wichtige Impulse setzen können, zum Beispiel in der Diskussion mit der Ebene der Bundespolitik, Vizekanzler Dr. Robert Habeck war ja zugeschaltet zum Thema Energie- und Verkehrswende. Der Höhepunkt für viele unserer Gäste war sicher auch die Besichtigung des Energieparks in Wunsiedel, wo Beindruckendes entstanden ist. Hier möchte ich auch dem Wunsiedler Bürgermeister Nicolas Lahovnik und dem Geschäftsführer der SWW, Marco Krasser, herzlich danken.“



ENERGIEGELADENE LANDKREISE

Forderungen des Bayerischen
Landkreistags zur
Energiewende im Rahmen der
Landkreisversammlung 2024

Veränderung braucht Akzeptanz, Akzeptanz braucht Veränderung

Mit ihrer Resolution zum Klimaschutz vom 28. Oktober 2021 in Dachau haben sich die bayerischen Landkreise zu ihrer Verantwortung zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und den davon abgeleiteten europäischen, nationalen und bayerischen Zielen bekannt. Das Gelingen der Energiewende ist hierzu essenziell und hat mit dem Ukrainekrieg eine ungeahnte Dynamik erreicht. Die Folgen sind weitreichender Natur und haben tiefgreifenden Einfluss auf die Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort Bayern. Die bayerischen Landkreise haben früh darauf hingewiesen, dass die zu ergreifenden Maßnahmen in Einklang gebracht werden müssen mit wirtschaftlicher Entwicklung, Sicherung des Wohlstands, industrieller Wertschöpfung, sozialem Augenmaß sowie - mit Blick auf die mehr als neun Millionen Menschen, die in Bayern im kreisangehörigen Raum leben - dem Verfassungsziel gleich-

wertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Klar ist: Die ausgerufenen Ziele werden nur erreicht werden können, wenn die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schafft.

Aktuell besteht Anlass zur Sorge, wie der jüngst veröffentlichte Sonderbericht des Bundesrechnungshofs, die Warnung des E.ON CEO Leonard Birnbaum, aber auch die Erfahrungen der Kreisverwaltungsbehörden belegen. Die bayerischen Landkreise wiederholen vor diesem Hintergrund ihre Forderung nach einem kommunal gesteuerten, bürgerorientierten und technologieoffenen Aus- und Umbau einer bezahlbaren und klimafreundlichen Energieinfrastruktur. Sie erinnern daran, dass über das Gelingen der Energiewende vor Ort, in Bayern in den 7 bayerischen Regionen, den 71 bayerischen Landkreisen und 2056 bayerischen Gemeinden, entschieden wird und die kommunale Stimme stärkere Berücksichtigung in den politischen Prozessen finden muss.



PV, WIND, ELEKTROMOBILITÄT (BILD: SWW WUNSIEDEL GMBH)

Kommunen sind der Schlüssel zum Gelingen der Energiewende

Der Erfolg der Energiewende hängt von der Akzeptanz der Maßnahmen vor Ort ab. Der Erhalt eines lebenswerten Umfelds, örtlicher Wertschöpfung und des Wohlstands spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die Chance, Energiekosten zukünftig überwiegend über den eigenen Wirtschaftskreislauf abzuwickeln und sich im Sinne einer verlässlichen Energieversorgung weniger abhängig von ausländischen Einflüssen zu machen, muss genutzt werden. Die Versorgungssicherheit darf nicht noch einmal zum Spielball geopolitischer Interessen werden. Hierzu muss der Umbau des Energiesystems v. a. durch inländische, vorzugsweise lokale und regional verwurzelte Akteure erfolgen und damit eine beherrschende Stellung nicht-europäischer Parteien ausgeschlossen werden. Insbesondere engagierte Kommunen und ihre Unternehmen müssen stärker als bisher befähigt werden, sich am Markthochlauf der regenerativen Energien und dem Umbau des Energiesystems zu beteiligen. Dies gilt insbesondere im besonders konfliktträchtigen Bereich der Windenergie.

Energiewirtschaftliche Betätigung als Garant für den Erhalt von Wertschöpfung und Akzeptanz

Um eine kommunal getragene und akzeptanzorientierte Energiewende zu stärken, muss den bayerischen Landkreisen die Energieerzeugung und -vermarktung im Einvernehmen mit ihren Gemeinden umfassend möglich sein. Ihre direkt und überörtlich gewählten Repräsentanten stehen für den gesellschaftlichen Willen vor Ort, geben der Energiewende ein Gesicht und schaffen in besonderer Weise die notwendige Identität. Sie



ELEKTROLYSE-GELÄNDE WUNSIEDEL (WUN H2 GMBH)

vertreten keine Partikularinteressen und sind nicht gewinnorientiert. Dort, wo sie die Errichtung und den Zusammenschluss überörtlicher und damit wettbewerbsfähiger kommunaler Energieunternehmen freiwillig gestalten, werden die gesellschaftliche Akzeptanz, der Erhalt des Wirtschaftsstandorts und das strukturelle Gelingen der Energiewende in ihrer Gesamtheit in den Mittelpunkt gestellt. Im Gegenzug sollten keine unnötigen bürokratischen Hürden aufgebaut werden. Die Grundlagen für eine umfassende energiewirtschaftliche Betätigung der Landkreise wurden mit der Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes gelegt, sie müssen nun auch gelebt werden.



ELEKTROLYSEUR (BILD: SWW WUNSIEDEL GMBH)

Technologieoffener, mengenbezogener und gesteuerter Ausbau regenerativer Energien

Die bayerischen Landkreise fordern einen technologieoffenen und mengenbezogenen Aus- und Umbau der regenerativen Energien. Statt scharfer Flächenvorgaben, Überbetonung einzelner Erzeugungsarten und einem ungesteuerten Ausbau müssen die Maßnahmen vor Ort an den unterschiedlichen regionalen Stärken und Bedürfnissen orientiert werden dürfen. Die Nutzung grundlastfähiger regenerativer Energien, wie der Wasserkraft, von Biomasse oder der Geothermie, darf in einem Gesamtkonzept keine nur nachgeordnete Rolle spielen. Die Definition ableitbarer regionaler Zielmarken ist dabei nicht nur Voraussetzung für einen kommunal gesteuerten Ausbau regenerativer Energien, sondern auch Grundlage einer bedarfsgerechten und vorausschauenden Netzinfrastrukturplanung. Gesetzesänderungen zugunsten von Privilegierungstatbeständen, wie zuletzt im Bereich der Photovoltaik, wirken dem notwendigen gesteuerten Umbau des Energiesystems hingegen diametral entgegen.

Anstieg der Verteilnetzkosten wirksam begrenzen; Synchronisierung des (Verteil-) Netzausbaus

Die Höhe der Verteilnetzkosten bestimmt maßgeblich die Höhe der von den Haushalten, Gewerbekunden und Unternehmen zu entrichtenden Strompreise. Die bis 2024 prognostizierte Verdreifachung der Verteilnetzkosten droht zu einer inakzeptablen Belastung für die Gesellschaft und die Wirtschaft zu werden. Eine Reform der Netzentgelte ist dringend notwendig. Die bayerischen Landkreise fordern nicht nur eine Beendigung der Benachteiligung des ländlichen Raums, sondern konkrete Maßnahmen zur strukturellen Begrenzung des weiteren Anstiegs der Netzentgelte, wie die Implementie-

rung von netzseitigen Speichersystemen auf Verteilnetzebene oder die Etablierung eines erzeugerseitigen Kapazitätsmarktes. Dies mindert Lastspitzen, senkt Netzausbaubedarfe und Netzmanagementkosten. Um den Paradigmenwechsel von wenigen großen und grundlastfähigen hin zu vielen dezentralen und volatilen Energieerzeugungsanlagen zu bewältigen, müssen die Planungsmechanismen zum Ausbau regenerativer Energien und des Verteilnetzausbaus miteinander gekoppelt und der jeweilige Ausbau synchronisiert werden. Der Anstieg der Energiekosten wird so wirksam begrenzt. Eine vorausschauende kommunale Steuerung nach vereinfachten und beschleunigten planungsrechtlichen Vorschriften ist Mittel der Wahl.

Keine Dekarbonisierung des Gebäudebestands mit ungedeckten Schecks

Die Vorgaben zur Wärmeplanung, zur Erreichung von Energieeffizienzzielen sowie zur Sanierung des Gebäudesektors stellen die Kommunen vor immense, auch finanzielle Herausforderungen. Mit gebrochenen Förderversprechen wurde noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimatransformationsfonds Vertrauen zerstört. Die Finanzierung zahlreicher Maßnahmen ist bis heute ungeklärt. Die bayerischen Landkreise erneuern vor diesem Hintergrund ihre Forderung, sie durch Beteiligung an den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung und dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus finanziell zu entlasten. Die vorhandenen staatlichen Mittel gilt es zudem möglichst effizient einzusetzen. Mit der Einrichtung flächendeckender, nicht behördlicher Kompetenzzentren für Energie- und Klimaschutz

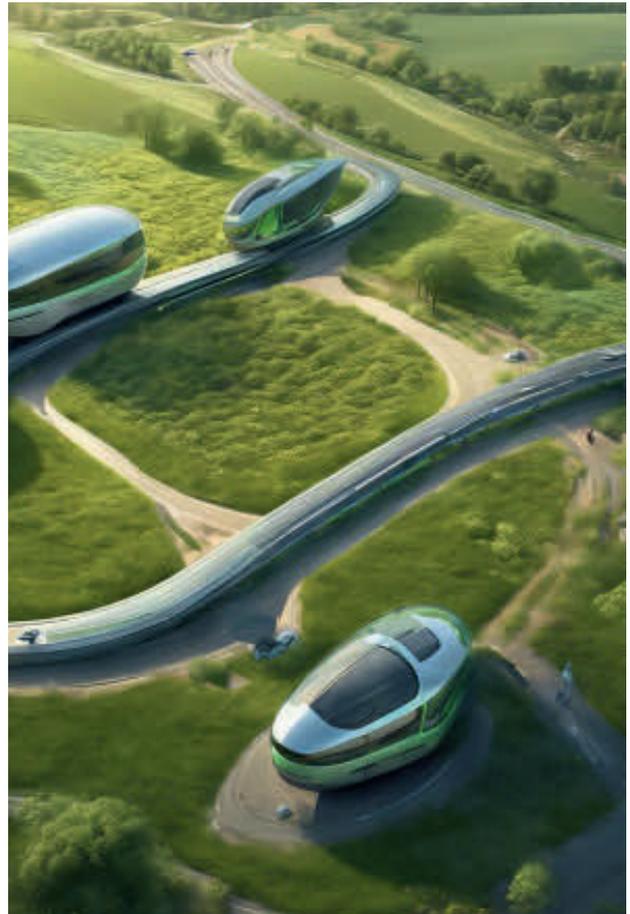
können im Rahmen der landesrechtlichen Umsetzung der Wärmeplanung Vergabeverfahren auf ein minimales Maß reduziert und überörtliche Konvoi-Verfahren ermöglicht werden. Weitere Förderprogramme stellen hingegen keine adäquate Lösung dar, sondern schaffen zusätzliche Bürokratie, um sich selbst zu verwalten. Die bayerischen Landkreise fordern stattdessen flexiblere Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit sowie die zeitnahe Überwindung datenschutzrechtlicher Hemmnisse. Auch in Bezug auf die Energieeffizienzziele braucht es eine maximal pragmatische Herangehensweise unter weitgehendem Verzicht auf Überwachungs- und Berichtspflichten und gleichzeitig möglichst umfassenden Verrechnungsmöglichkeiten innerhalb derselben Liegenschafts-Portfolios. Mehr als ein Drittel der kreislichen Liegenschaften wurden innerhalb der letzten zehn Jahre bereits energetisch saniert, der Primär- und Endenergiebedarf wurde durch die ergriffenen Energieeffizienzmaßnahmen um mehr als 20% gesenkt. Dies gilt es anzuerkennen.

Faire Verteilung von Lasten und Nutzen; Kommunalabgabe für Infrastruktur- maßnahmen

Statt Nord-Süd-Debatten über Strompreiszonen zu führen, fordern die bayerischen Landkreise eine gerechte Verteilung der Lasten und Nutzen des Umbaus des Energiesystems. Beispielsweise muss der Ausbau der Photovoltaik gleichermaßen in Stadt und Land erfolgen, v. a. bereits versiegelte und überbaute Flächen müssen stärker genutzt werden. Dort, wo die notwendige Energie am Ort des Verbrauchs erzeugt wird, können Infrastrukturkosten wesentlich reduziert werden. Hemmnisse im Denkmalschutz sowie im gemeindlichen Satzungsrecht müssen überwunden werden. Nicht zuletzt müssen ausschließlich den ländlichen Raum treffende Lasten des Ausbaus regenerativer Energien sowie von überörtlichen Infrastrukturmaßnahmen in Form einer dauerhaften und verpflichtenden kommunalen Strukturabgabe ausgeglichen werden. Akzeptanzfördernde Direktzahlungen von Investoren müssen rechtssicher ermöglicht werden.

Bürokratismus abbauen; u. a. Flexibilitäten im Artenschutz ermöglichen

Die bayerischen Landkreise fordern alles Notwendige zu tun, um Planungs und Genehmigungsverfahren auf allen Ebenen radikal zu vereinfachen und zu reduzieren. Gerade in den zum Umbau des Energiesystems relevanten Bereichen überfordern stets neue, mit heißer Nadel und ersichtlich ohne Vollzugserfahrung gestrickte, sowie sich teilweise widersprechende Vorschriften die Verwaltung. Überbordender Bürokratismus wird als Versagen der Verwaltung wahrgenommen. Dies schadet am Ende nicht nur dem Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern der Demokratie in ihrer Gesamtheit. Statt ständig wechselnder Vorgaben braucht es eine Rückkehr zu einem konstruktiven Austausch mit der



Vollzugsebene und mehr Verlässlichkeit in der gesetzlichen und ministerialen Ausgestaltung der Energiewende. Sich ändernde und teilweise divergierende Vorgaben führen zu einer akuten Überlastung und Verdrossenheit der zuständigen Stellen. Besonders vorgezogene artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen, denen regelmäßige langwierige Kartierungen in den richtigen Vegetationszeiten vorausgehen müssen, lähmen die Energiewende. Die bayerischen Landkreise fordern einen Systemwechsel hin zu einem populationsbezogenen Artenschutz. Mit der Einrichtung eines strategischen Artenschutz-Monitorings und der Schaffung eines staatlichen Artenschutzfonds werden bedeutende Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen nachhaltig beschleunigt. Bestehende Flexibilitäten müssen umfassend genutzt und durch Initiativen auf EU-Ebene weiter ausgebaut werden.

Nutzbarmachung von treibhausgasneutralen Zukunftstechnologien

Technologien wie Wasserstoff, Power-to-X und die Nutzung der Geothermie, aber auch die Nutzbarmachung der Kohlendioxidabscheidung, -speicherung und -nutzung sind entscheidend, um die Klimaziele zu erreichen. Um der dezentralen Struktur Deutschlands angemessen Rechnung zu tragen, sind bei der Planung für das Wasserstoff-Kernnetz die Verbrauchs- und Erzeugungszentren in den ländlichen Räumen stärker zu berücksichtigen. Statt eines „Carbon washing“ unvermeidbarer Emissionen, wie in der thermischen Verwertung, müssen marktwirtschaftliche Handelssysteme und eine ganzjährig bilanzielle Betrachtung ermöglicht werden. Die Skalierung von Zukunftstechnologien erfordert Forschung, Entwicklung, Investitionen sowie die Absicherung von Ausfallrisiken während des Markthochlaufs. Aktuell ist der Aufbau des Wasserstoff-Kernnetzes ebenso wenig kapitalmarktfähig wie der (technisch mögliche) flächendeckende Ausbau der Geothermie.

Landkreise und Landwirtschaft Hand in Hand

Wirtschaftliche Entwicklung, ein sparsamer und klimafreundlicher Umgang mit Grund und Boden und die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen dürfen kein Widerspruch sein. Die bayerischen Landkreise fordern dazu auf, die notwendigen gesetzlichen Änderungen anzugehen, um Mehrfachnutzungen aktiv zu unterstützen. In einem ersten Schritt ist die Bay. Kompensationsverordnung auf bestehende Fehlanreize und eine Überkompensation hin zu überprüfen und anzupassen. Es ist bundesgesetzlich klarzustellen, dass naturnah ausgebaute Standardanlagen auf ökologisch und landwirtschaftlich nicht besonders schützenswerten Böden keinen Eingriff in die Natur und Landschaft darstellen. Die notwendige naturnahe Ausgestaltung einer PV-Anlage darf ihrer späteren Rücknutzung und der Wiederaufnahme der Bewirtschaftung nicht entgegengehalten werden können. Steuerrechtliche Hemmnisse müssen abgebaut werden.

Energiewende im Verkehr braucht Antriebswende

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens, aber auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. EU und Bund versuchen den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor einzudämmen, indem sie etwa die Abgasnormen kontinuierlich verschärfen und der öffentlichen Hand Quoten für die Beschaffung bestimmter „sauberer“ Fahrzeuge vorschreiben. Dabei sind die Rahmenbedingungen für den Umstieg auf batterieelektrisch oder wasserstoffgetriebene Fahrzeuge denkbar schwierig. Im Vergleich zu herkömmlichen Dieseln sind Busse mit alternativem Antrieb erheblich teurer. Zudem fallen für die Umstellung auf E-Mobilität enorme Investitionen in die Tank- und Ladeinfrastruktur sowie die Umrüstung der Betriebshöfe an. Während die Kosten davonlaufen, zieht sich der Bund aus der Förderung von Elektrobussen komplett zurück. Die bayerische Klimabusförderung bringt zwar Erleichterung, deckt aber nur einen Teil der erhöhten Anschaffungskosten ab. Gleichzeitig wird durch Tarifvorgaben, wie etwa dem Deutschlandticket, die Refinanzierung der Umstellungskosten unmöglich gemacht, zumal die Ausgleichsleistungen von Bund und Ländern für Tarifmaßnahmen den Umstellungsaufwand nicht auffangen. Ferner sind die Reichweiten von batterieelektrischen Bussen deutlich geringer, weshalb nicht nur zusätzliche Busse notwendig werden, sondern aufgrund kürzerer Umlaufstrecken der Bedarf beim Fahrpersonal steigt. Dabei sind Busfahrer schon jetzt Mangelware. Die Landkreise fordern neben zusätzlichen staatlichen Mitteln auch Erleichterungen bei der Anerkennung ausländischer Führerscheine, da sich die Umstellung andernfalls weder finanziell noch personell realisieren lässt. Die Folge wäre ein Angebotsabbau im ÖPNV, der zu mehr Individualverkehr führen wird. Gerade auch mit Blick auf die einbrechenden Zahlen bei der Zulassung von Elektrofahrzeugen wäre dies für die Einsparung von Treibhausgasen kontraproduktiv. Angesichts des begrenzten Angebots von „grünem“ Strom und dem aktuellen Fahrzeugbestand fordern die Landkreise, dass sich politische Ziele wieder mehr an dem realistisch Machbaren orientieren und stärker für neue Wege - etwa im Bereich alternativer Kraftstoffe offenstehen.

ZAHLEN UND FAKTEN

15% der Landkreise erzeugen jenseits der eigenen Liegenschaften erneuerbare Energien.

35% der Landkreise betreiben oder planen ein Kommunalunternehmen zur Erzeugung erneuerbarer Energien unter eigener Beteiligung.

ENERGIEERZEUGUNG UND REGIONALWERKE

50% der Landkreise planen unabhängig davon ein über den Eigenverbrauch hinausgehendes Engagement. Hauptgründe für die angedachte Betätigung sind Akzeptanz, Erhalt der Wertschöpfung und des Wirtschaftsstandortes sowie regionale Steuerung vor Ort. Hauptgründe für die Verneinung eines stärkeren Engagements sind, dass der Versorgungsauftrag bei den Gemeinden liegt und eine Versorgung gesichert ist. Rechtliche Probleme oder ein Widerstand der Gemeinden spielen keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle.

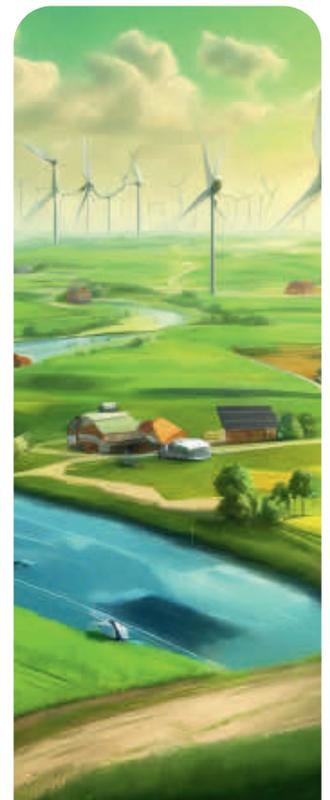
HAT DER GESETZGEBER DIE RICHTIGEN WEICHEN FÜR DEN UMBAU DES ENERGIESYSTEMS GESTELLT?

90% der Landkreise sind der Auffassung, dass der Gesetzgeber nicht die richtige Weichenstellung für den Umbau des Energiesystems getroffen hat.

65 % der Landkreise verorten die Gründe der falschen Weichenstellung im rechtlichen Rahmen (hieraus bundesrechtliche Vorgaben 100%, EU-Vorgaben 40% und landesrechtliche Vorgaben 30%).

75% der Landkreise verorten die Gründe der falschen Weichenstellung in der unzureichenden Organisation und Finanzausstattung (hieraus 75% fehlende finanzielle Mittel, 70% ständige wechselnde Vorschriften und 65% widersprüchliche oder unvollständige Vorgaben).

Verbesserungsmöglichkeiten werden vor allem im Verzicht auf „doppelte“ Umweltverträglichkeitsprüfungen, der Kopplung der EE- mit dem Netzausbau, einem maßvolleren Umgang mit Ausgleichsflächen sowie einer Vereinfachung des Steuerrechts gesehen.



WÄRMEPLANUNG

- 35% der Landkreise engagieren oder beteiligen sich an der Wärmeplanung ihrer Städte und Gemeinden (hieraus 95% koordinierend, 30% beabsichtigen, Planungsaufgaben oder Teile davon für mehrere Gemeinden zu übernehmen).
- Hauptgründe der mehrheitlichen Zurückhaltung sind die formale Zuordnung als Gemeindeaufgabe, fehlendes Personal sowie die grds. Kritik, dass ein etwaiges Engagement weder vom Staat noch von den Gemeinden finanziell ausgeglichen würde.

ENERGIEEFFIZIENZRICHTLINIE

95% der Landkreise haben bereits in den letzten 10 Jahren bereitwillig Energieeffizienzmaßnahmen ergriffen:

- 95% der Landkreise haben durchschnittlich 35% der Liegenschaften energetisch saniert.
- 90% der Landkreise durch betriebliche Maßnahmen, wie die Anschaffung energieeffizienter Geräte.
- 90% der Landkreise erzeugen durch Installation erneuerbarer Energien-Anlagen durchschnittlich 25% ihres Strom- und 20% ihres Wärmebedarfs selbst.

25% der Landkreise wünschen sich eine landesrechtliche Regelung zur Umsetzung der Sanierungs- und Energieeffizienzziele.

ENERGIEAGENTUREN

Die Landkreise beurteilen das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Energieagenturen überwiegend positiv und erachten eine flächendeckende Einrichtung für sinnvoll.

Die Landkreise würden eine substantielle finanzielle Unterstützung der Energieagenturen den bestehenden und in Diskussion befindlichen Kümmerern (Windkümmerer, Wärmekümmerer, Klimaanpassungskümmerer) vorziehen.

**“In bzw. für 65%
der Landkreise ist
eine Energieagentur
tätig.”**



Landkreistag und Staatsregierung Hand in Hand

Landkreistag und Staatsregierung Hand in Hand – gemeinsam gehen wir in Bayern seit jeher wichtige Zukunftsfragen an. Auch in diesem Jahr hat die Jahresversammlung wieder gezeigt: Der direkte Austausch zwischen Staatsregierung und Landkreisen bringt unser Land voran.

Das gilt ganz besonders in schwierigen Zeiten. Die Wachstumsprognosen für Deutschland sind alarmierend schlecht: Für 2024 wird ein Mini-Wachstum von 0,2 % erwartet. Während die Wirtschaft im Ausland wächst, stagniert sie bei uns. Deutschland ist Schlusslicht der Eurozone. Laut IWF schneidet nur Argentinien unter den G20 schlechter ab. Deutschland ist heute ärmer als 2019.

Bayern stemmt sich erfolgreich gegen diesen Bundestrend. Aber auch wir können uns nicht ganz davon lösen. Auch wir leben mittlerweile wirtschaftlich von der Substanz.

Mit der Hightech Agenda haben wir das größte Forschungsprogramm aufgelegt, das es je in einem Bundesland gab. Wir haben die meisten KI-Lehrstühle in Deutschland und investieren als einzelnes Bundesland in KI so viel wie beispielsweise das große Land Spanien. Unser Ziel ist, über die gesamte Legislaturperiode hinweg mehr als 50 Mrd. € zu investieren, unter anderem in den Bereichen Bauen und Infrastruktur – das schafft kein anderes Bundesland.

./.

Auch Bayerns Kommunen belegen im Ländervergleich Spitzenpositionen – sie haben eine geringe Verschuldung und liegen bei der Investitionsquote schon lange auf Platz 1. Zurückzuführen ist das nicht zuletzt auf die langjährige und verlässliche Unterstützung durch die Bayerische Staatsregierung. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen liegt der Kommunale Finanzausgleich 2024 mit rund 11,4 Mrd. € weiter auf Höchstniveau mit einem klaren Schwerpunkt im investiven Bereich!

Unsere gemeinsamen Anstrengungen wirken. Weltkonzerne wie Apple, Amazon, Meta, Google oder Microsoft wertschätzen unsere Investitionen und haben ihre Deutschland- oder sogar Europa-Zentralen in Bayern. Aber auch unsere heimischen Global Player, wie z.B. Siemens, BMW, MAN, Audi oder MTU, investieren weiter kräftig in Bayern. Das geschieht nicht, weil wir ihnen Geld hinterherwerfen, sondern weil Rahmenbedingungen und das Ökosystem für Technologie, Forschung und Modernität in Bayern gut sind.

Doch wir ruhen uns darauf nicht aus. Bayern braucht ein „update“. Wir wollen Freiräume schaffen, entlasten und vereinfachen: mit Entbürokratisierung, Digitalisierung, Energie, Fachkräften und einer neu aufgestellten Mittelstandsfinanzierung.

Die Staatsregierung hat gerade ein erstes Gesetzes-Paket zu Entbürokratisierung und Beschleunigung im Kabinett auf den Weg gebracht. Damit wird der Abbau von 10 % aller Verwaltungsvorschriften, ein zweijähriges Bürokratiemoratorium und eine Beschränkung der Geltungsdauer von Gesetzen auf maximal fünf Jahre festgeschrieben. Mit dem Ehrenamtsgesetz macht Bayern den Verwaltungsvollzug ehrenamtsfreundlich, wir streichen Genehmigungspflichten für etablierte Vereinsfeiern und führen ein Kostenprivileg für das Ehrenamt ein: Bei notwendigen Maßnahmen gibt es keine Kosten-erhebung. Die Sicherung von Fest-Umzügen wird jetzt auch durch Ehrenamtliche möglich und wir streichen Dokumentationspflichten.

Wir wollen ein Statistik-Moratorium einführen. Wir entschlacken die bayerischen Regelungen zum Datenschutz, vereinfachen das Bauen und heben die Wertgrenzen beim Vergaberecht an, z.B. planen wir die Verzehnfachung der Grenze für freihändige Vergabe im Bau auf 1 Mio. €. Das schafft gerade auch auf kommunaler Ebene dringend benötigten Spielraum.

Ein Update umfasst zwingend auch das Thema Digitalisierung. Gerade hier ist ein neuer Schulterschluss zwischen Staatsregierung, Landkreisen, Städten und Gemeinden notwendig. Ziel ist ein einheitliches digitales Angebot der Verwaltung in ganz Bayern, von Aschaffenburg bis Berchtesgaden, von Lindau bis Hof. Dafür unterstützen wir die Kommunen mit über 15 Mio. € bei der Digitalisierung. Zusammen mit den Kommunalen Spitzenverbänden haben wir eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Finanzministers gegründet, die bis zum 01.01.2025 Ergebnisse vorgelegt und umgesetzt haben soll.

Bayern ist schon Spitzenreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Auch hier optimieren wir mit schnelleren Genehmigungsverfahren für Windparks und mehr Bürgerenergie. Um die Akzeptanz vor Ort zu verbessern, sollen sich künftig Windkraftbetreiber mit den Kommunen über eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einigen.

Was immer wir in Bayern tun können, tun wir – auch gemeinsam mit den Landkreisen. Die Landkreisversammlung des Bayerischen Landkreistags war und ist Plattform für Lösungen für unseren ländlichen Raum. Leider legt der Bund immer neue Steine in den Weg: Sei es bei der Krankenhausreform oder der Ganztagsbetreuung – Berlin schafft an, die Kommunen sollen zahlen.

Beim Ganztagesanspruch auf Betreuung führt das wenig durchdachte Konzept des Bundes dazu, dass viele Erwartungen unerfüllt bleiben. Dabei braucht es dringend ein sinnvolles Zusammenwirken zwischen Schule, Kita

und Betreuungspersonal. Beim Bau muss Priorität haben, was praktisch und machbar ist. Und wir brauchen bessere Anreize, damit alle Mittel auch abgerufen werden.

Ähnlich wenig durchdacht ist die Reform im Gesundheitswesen. Auch sie wurde vom Bund beschlossen, ohne auf die berechtigten Einwände der Länder zu hören. Die Reform geht damit in vielerlei Hinsicht ins Leere. Sie ist großstadtzentriert und führt im ländlichen Raum zu einem Krankenhaussterben. Das ist nicht hinnehmbar. Medizinische Versorgung darf kein Privileg der Ballungsräume sein. Bayern steuert gegen mit der Krankenhausmilliarde und einem Förderprogramm für kleine Krankenhäuser im ländlichen Raum in Höhe von 100 Mio. € über fünf Jahre. Im Moment bräuchte es vor allem eine finanzielle Unterstützung der Krankenhäuser durch den Bund, um überhaupt Transformation und Strukturverbesserung angehen zu können.

Auch beim Thema Migration brauchen wir endlich eine Zeitenwende. Wir sind solidarisch, aber wir stehen vor logistischer und auch demokratischer Überforderung. Das Problem ist alleine mit Geld nicht zu lösen. Denn die kommunale Handlungsfähigkeit wird durch die Pflicht zur Unterbringung enorm eingeschränkt. Seit 2022 wurde immer wieder vergeblich auf den Bund eingewirkt und eine Wende in der Migrationspolitik gefordert. Nennenswerte Ergebnisse ist der Bund bis zum heutigen Tage schuldig geblieben. Die Zahlen des Zustroms gehen nicht einmal ansatzweise in dem erforderlichen Maße zurück. Bayern hat klare Vorstellungen für mehr Konsequenz gegen Straftäter und einen besseren Grenzschutz.

Wie erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Staatsregierung und Landkreisen aussieht, zeigt sich an der Bezahlkarte für Asylbewerber. Die Bezahlkarte ist nun flächendeckend im ganzen Freistaat im Einsatz. Während andere Länder noch Monate brauchen, haben wir das Projekt wie angekündigt schnell und pünktlich umgesetzt. Wir setzen auf Sachleistungen statt Geldleistungen. Damit bekämpfen wir Schleuserkriminalität und reduzieren

die Anreize zum Zuzug. Die Bezahlkarte ermöglicht den Kauf von Grundbedarf wie Essen und Kleidung. Das Bargeld ist aber auf 50 € begrenzt – der bundesweit niedrigste Wert. Das ist ein wichtiger Baustein für eine Asylpolitik der Humanität und Ordnung. Danke an die Landrätinnen und Landräte, die mit der Staatsregierung das Projekt schnell und konsequent umgesetzt haben.

Das alles zeigt: Wir stehen vor vielen Herausforderungen. Bayern steht an der Seite der Landkreise, Städte und Gemeinden. Umgekehrt ist es beruhigend, mit dem Landkreistag einen starken Partner für den Freistaat zu haben.

Unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern geben wir gegen die zunehmende Aggression gegenüber der Politik all unseren Rückhalt und wollen schnelle und harte Strafen für jedweden inakzeptablen Angriff.

Der Freistaat ist und bleibt Anwalt der kommunalen Familie!

Danke für das großartige Engagement und die starke Zusammenarbeit!

München, Juli 2024

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Söder'.

Dr. Markus Söder, MdL
Bayerischer Ministerpräsident



Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



*Hubert Aiwanger, MdL,
Bayerischer Staatsminister
für Wirtschaft, Landesent-
wicklung und Energie
©StMWi/R.Kerl*

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Sie sind der Schlüssel für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung und stärken unsere Unabhängigkeit von Importen. Zudem sichern die erneuerbaren Energien schon heute Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in unserem Land.

Bayern bietet ideale Voraussetzungen für die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Neben sehr guten Bedingungen für die Wasserkraft profitiert der Freistaat auch von einer im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich hohen Sonneneinstrahlung. Daher eignen sich bayerische Standorte sehr gut für Solarenergie. Allein in den vergangenen fünf Jahren hat die installierte Leistung von Photovoltaik-Anlagen um weitere 80 Prozent zugenommen. Bei der Windkraft in Bayern haben wir aktiv umgesteuert. Durch ein breites Unterstützungsangebot, insbesondere die Windkümmerer, sowie rechtliche Anpassungen, z.B. die Öffnung der 10 H-Regelung, die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes und konkrete Beschleunigungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren, haben wir als Staatsregierung die Rahmenbedingungen für einen zügigen Zubau weiter verbessert. Die positive Entwicklung bei Anträgen und Genehmigungen bestätigt, dass der Ausbau der Windenergie in Bayern Schwung aufnimmt. Insgesamt laufen Planungen und Initiativen für 500 neue Windenergieanlagen. Bis 2030 sollen insgesamt 1.000 neue Anlagen in Bayern entstehen.

Dabei leistet die Windkraft mit ihrem Erzeugungsmaximum im Winter für eine sichere Versorgung einen ebenso wichtigen Beitrag wie die Photovoltaik im Sommer. Auch die zuverlässige Wasserkraft, die ganzjährig verfügbare Geothermie oder die flexibel einsetzbare Biomasseverstromung brauchen wir für das Gelingen der Energiewende.

Das Energiesystem der Zukunft funktioniert dezentral. Hier nehmen unsere Landkreise und Gemeinden eine entscheidende Rolle ein. Zahlreiche Kommunen gehen mit gutem Beispiel voran und nutzen die vielfältigen Möglichkeiten bei der Erzeugung, Verteilung, effizienten Nutzung und Speicherung von erneuerbaren Energien. Auch eine nachhaltige Wärmebereitstellung gewinnt hierbei immer mehr an Bedeutung. Kommunal getragene Energieagenturen beraten dabei die Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen vor Ort produkt- und anbieterneutral in allen Fragen rund um Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Dieses vorbildliche Engagement begrüßen wir sehr.

Der erfolgreiche Ausbau der erneuerbaren Energien steigert die Akzeptanz für die Energiewende und gibt uns weiteren Rückenwind. Wir werden mit dem Energieplan Bayern 2040 ein Umsetzungskonzept für den weiteren zielgerichteten und systemdienlichen Ausbau auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der „Energiesystemanalyse Bayern klimaneutral“ auflegen. Leitbild bleibt dabei das energiepolitische Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit.

Die Umsetzung der Energiewende ist eine große Chance und Herausforderung für alle Akteure. Erfolgreich werden wir sein, wenn wir die Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe angehen, an der alle mit ihren Stärken und Kompetenzen aktiv mitwirken. Gefordert sind wir alle: Staat und Kommunen, Unternehmen, Vereine – und auch jeder Einzelne.

Gerade auch deshalb finden vom 21. bis 29. September 2024 bereits zum zweiten Mal die Bayerischen Energietage statt und machen die Energiewende mit vielen Aktionen und Veranstaltungen in ganz Bayern erlebbar. Damit wollen wir weiter dazu beitragen, die gesellschaftliche Akzeptanz vor Ort zu steigern.

Ich bin überzeugt: Gemeinsam werden wir die Energiewende im Freistaat erfolgreich meistern!

Verkonsumieren wir unsere Zukunft? Energie- und Verkehrswende auf dem Prüfstand



*Christian Bernreiter, MdL,
Bayerischer Staats-
minister für Wohnen,
Bau und Verkehr
(Foto: StMB/Atelier
Krammer)*

Der Freistaat Bayern hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir nachhaltige Lösungen finden, die ökologisch und wirtschaftlich tragfähig sind und den Bedürfnissen künftiger Generationen gerecht werden. Im Verkehrsbereich haben wir in den letzten Jahren viel bewegt: Wir stärken den Radverkehr, erhöhen die Förderungen für den allgemeinen ÖPNV und haben die ÖPNV-Strategie 2030 entwickelt. Unser Ziel ist es, Bayern durch moderne Angebote und umfangreiche Maßnahmen zur Mobilität bestmöglich zu gestalten. Auch im Bereich erneuerbare Energien ist Bayern bereits Spitzenreiter, und wir werden in den kommenden Jahren weiter anpacken.

Windkraft

Aktuell sind in Bayern über 1.300 Windenergieanlagen mit rund 2,63 Gigawatt installierter Leistung in Betrieb. Für die nächsten Jahre streben wir einen Zuwachs von rund 1.000 Anlagen an. Das können wir nur gemeinsam und im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern erreichen.

Die Staatsregierung hat mit Gesetz vom 8. November 2022 die 10H-Regelung gelockert, um den Ausbau der Windenergie in Bayern voranzutreiben. Es gilt nun ein reduzierter Mindestabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung – beispielsweise bei Vorhaben in einem Abstand von bis zu 2.000 Metern von Gewerbe- und Industriegebieten, bei Vorhaben entlang von Hauptbahnstrecken, von Autobahnen, vier- oder mehrstreifigen Bundesstraßen, bei Repowering-Anlagen sowie im Wald, sofern zum Waldrand mindestens ein Abstand in Höhe des Radius des Rotors eingehalten wird.

In Windenergiegebieten ist seit dem 31. Mai 2023 kein landesrechtlicher Mindestabstand mehr einzuhalten. Außerdem gelten weitere Erleichterungen im Artenschutzrecht. Informationen zu allen relevanten Änderungen sind im Energieatlas auf der Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Windenergieanlagen zu finden. Die Ausweisung von Windenergiegebieten kann auch auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen. Das ist der richtige Weg, um Bayerns führende Rolle beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Einvernehmen mit der Bevölkerung weiter zu stärken.

Photovoltaik

Bei der Photovoltaik (PV) ist Bayern schon heute die Nummer 1. Der Freistaat erbringt mehr als ein Viertel der gesamten installierten Photovoltaikleistung in Deutschland. Ziel ist es, die Stromerzeugung aus Solarenergie bis 2030 von 13 Terrawattstunden (TWh) auf 40 TWh zu verdreifachen. Hierfür setzen wir auf neue und erweiterte Nutzungsmöglichkeiten für Photovoltaik wie PV-Anlagen auf allen geeigneten staatlichen Gebäuden, die PV-Überdachung großer Parkplätze oder den Ausbau von Agri-PV-Anlagen und von PV-Anlagen an Bundes- und Staatsstraßen. Derzeit sind schon auf mehr als 590 staatlichen Gebäuden entsprechende Anlagen installiert und in Betrieb. Bis 2025 wollen wir auf allen geeigneten staatlichen Gebäuden PV-Anlagen errichten. Dafür stehen rund 125 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass auch das Potenzial entlang von Verkehrsflächen wie Lärmschutzwänden genutzt werden soll. Diese Flächen bieten sich besonders gut an, da durch die bereits vorhandene verkehrliche Belastung der Eingriff in die Natur und das Landschaftsbild reduziert wird. Das Potenzial ist groß: Laut einer von unserem Ministerium in Auftrag gegebenen Studie liegt es bei 2,44 TWh pro Jahr. Damit könnten 700.000 Einfamilienhäuser versorgt werden. Die Einzelflächen – 30.000 Stück mit einer Gesamtfläche von rund 2.150 Hektar – werden Ende Juni 2024 auf der Solarflächenbörse des Energie-Atlas Bayern veröffentlicht. Parallel dazu laufen bereits mehrere Pilotprojekte oder sind in Planung: Eine Lärmschutzwand mit integrierter Photovoltaikanlage an der Staatsstraße 2045 bei Waltershofen im schwäbischen Landkreis

Augsburg hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits am 8. Mai 2023 in Betrieb genommen. Bei dem Pilotprojekt Überdachung mit PV-Modulen an der Staatsstraße 2584 westlich des Flughafens München liegt der technische Entwurf vor, die Inbetriebnahme ist für Frühjahr 2025 geplant.

Erst kürzlich konnte ich außerdem den Tunnel Ettendorf in Traunstein eröffnen, der als erster vollständig klimaneutraler Tunnel Bayerns gilt. Dort versorgt eine neue PV-Anlage den Tunnel mit rund 30.000 kWh Strom pro Jahr und deckt so den Strombedarf in den Tagesspitzen. Mit weiteren Maßnahmen wie modernster LED-Technik und der Umstellung des Stromvertrags auf 100 Prozent Ökostrom wird das Staatliche Bauamt Traunstein die Betriebskosten des Tunnels Ettendorf weiter senken und den ökologischen Fußabdruck reduzieren. Weitere Tunnel in ganz Bayern werden in den kommenden Monaten und Jahren folgen.



(Foto: StMB)

Klimaschutz im Straßenverkehr

Auch im Verkehr kann Klimaschutz meiner Ansicht nach nur technologieoffen gelingen. Bayern bleibt Autoland, die Fahrzeuge werden aber sauberer und klimaneutraler. Hierfür werden wir insbesondere die Elektromobilität weiter fördern und ausbauen. Wir wollen zum Beispiel 100.000 öffentlich zugängliche Ladesäulen bis 2030 erreichen und sind bei den Ladesäulen im Bundesvergleich heute schon Platz 1. Auch der

Bund muss in diesem Bereich wieder mehr anschieben! Ansonsten haben wir 2035 zwar das Verbrenner-Aus, aber viel zu wenige und zu teure E-Autos auf dem Markt. Es ist entscheidend, dass jetzt gehandelt wird.

Gleichzeitig sollten wir nicht alles auf die eine Karte Elektromobilität setzen. Der Freistaat Bayern investiert deshalb in den kommenden Jahren auch massiv in zentrale Wasserstoffprojekte wie in das Programm zum Aufbau einer Infrastruktur für Wasserstoff-tankstellen. Vom Bund fordern wir den schnellen Aufbau und Anschluss Bayerns an ein leistungsfähiges deutsches und europäisches Wasserstoffnetz.

Öffentlicher Nahverkehr

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein weiteres Ziel der bayerischen Staatsregierung. Dabei lassen wir die Kommunen nicht im Stich. Kommunen und Verkehrsunternehmen spüren deutlich die starken Kostenanstiege der letzten Jahre. Wir haben daher die ÖPNV-Zuweisungen im Vergleich zu 2017 nahezu verdoppelt. Außerdem modernisieren wir gerade mit den kommunalen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen die Finanzierungsstruktur des



ÖPNV in Bayern, so wie wir es uns als gemeinsames Ziel in der ÖPNV-Strategie 2030 vorgenommen haben. Mit der Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern (BayÖPNVG) wurde der Grundstock für eine anreizbasierte Finanzierung gelegt, in der ein qualitativ hochwertiger ÖPNV künftig bei der Finanzmittelverteilung berücksichtigt wird. Dies schafft einen Anreiz zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots vor Ort.

Die bayerischen Kommunen sind schon auf einem guten Weg! Im ländlichen Raum leisten vor allem bedarfsorientierte Bedienformen wie Rufbusse oder On-Demand-Verkehre einen wichtigen Beitrag für die Stärkung und Ausweitung des ÖPNV-Angebots. Der Freistaat unterstützt die Kommunen dabei mit einem eigenen Förderprogramm und seit Dezember 2023 mit dem Beratungsteam „Nachhaltige Mobilität“ bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft. Außerdem setzen wir auf die Ausweitung von Verkehrsverbänden wie etwa die erfolgreichen Erweiterungen von VGN und MVV (siehe Infokasten).

Der Antriebswechsel im ÖPNV ist eine Mammutaufgabe. Doch auch dabei lassen wir die Kommunen und Verkehrsunternehmen nicht allein. Fatalerweise hat der Bund seine Förderung kurzfristig eingestellt, was im Widerspruch zu den Klimaschutzzielen steht und zur Folge hat, dass die höheren Kosten für alternativ angetriebene Busse über die Ticketpreise an die Fahrgäste weitergegeben werden. Die Staatsregierung versucht das so gut wie möglich aufzufangen. Unser Ziel ist es, pro Jahr 400 nachhaltige „Klimabusse“ zu fördern. 2023 haben wir fast 250 Klimabusse mit rund 27 Millionen Euro unterstützt. Eine Umstellung kann aber nur schrittweise erfolgen: Vor allem im ländlichen Raum bestehen aufgrund der Reichweite von E-Bussen und teils fehlender Ladeinfrastruktur noch zahlreiche Herausforderungen. Deshalb fördern wir übergangsweise auch emissionsarme Fahrzeuge mit zum Beispiel HVO-100 oder Biogasbetrieb als Alternative zu Dieselnissen.

Bayerns ambitionierte Ziele im ÖPNV können aber nur umgesetzt werden, wenn sich auch der Bund zu seiner Verantwortung bekennt. Zum Beispiel fehlen den Ländern bis 2031 rund 40 Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln, die zur Bestellung eines modernen und klimafreundlichen Angebots nötig sind.

Klimafreundliche Schiene

Auch auf der Schiene versuchen wir so viel aufs Gleis zu setzen wie möglich. Die Staatsregierung plant den Dieselbetrieb im bayerischen Schienenpersonennahverkehr bis 2040 zu beenden und hat deshalb im April 2024 die Bayerische Elektromobilitätsstrategie Schiene (BESS) fortgeschrieben. Diese basiert auf drei Säulen:

Elektrifizierung von Strecken: Die Elektrifizierung von Strecken auf 680 Kilometern in Bayern sind im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthalten. Wir fordern den Bund regelmäßig auf, das zügig umzusetzen. Bei weiteren rund 300 Kilometern finanziert der Freistaat freiwillig die Planungen, um eine Bundesförderung zu erreichen.

Züge mit alternativen Antrieben: Akku-Züge und Wasserstoff-Züge haben mittlerweile die Marktreife erreicht. Vor diesem Hintergrund lässt der Freistaat Strecken, die keine Perspektive für eine Elektrifizierung bieten, hinsichtlich einer möglichen Umstellung auf alternative Antriebe untersuchen. Ab 2034 ist zum Beispiel der Betrieb mit Akku-Zügen auf den Strecken des Netzes Bayerwald rund um Zwiesel geplant. Für weitere Netze im Allgäu, in Oberfranken und im Großraum Nürnberg wird derzeit geprüft, wie Züge mit alternativen Antrieben dort eingesetzt werden könnten.



(Foto: StMB)



Klimafreundliche Kraftstoffe: Seit Juli 2023 werden Züge auf den Strecken Neufahrn – Straubing – Bogen (Gäubodenbahn) und Mühldorf – Passau (Rottalbahn) versuchsweise für zunächst ein Jahr mit dem klimafreundlichen Kraftstoff HVO-100 betankt, der aus erneuerbaren Rohstoffen gewonnen wird. Auf Basis der bei diesem Test gewonnenen Erkenntnisse werden wir entscheiden, ob wir die Betankung mit HVO-100 fortsetzen und ggf. auf andere Strecken ausweiten.

Der Klimawandel zählt zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Damit wir unsere ambitionierten Ziele in den kommenden Jahren

erreichen und im Freistaat bis 2024 klimaneutral werden, dürfen wir nicht auf eine einzige Lösung setzen. Wir müssen innovativ denken und gerade im Verkehrs- und Energiebereich an verschiedenen Stellschrauben drehen, um Bayern zukunftsfähig und klimafreundlich aufzustellen. Um unsere Kommunen zu entlasten, unterstützen wir als Staatsregierung bei der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Wichtig ist dabei, dass staatliche und kommunale Stellen gut zusammenarbeiten und die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Lassen Sie uns die Zukunft gemeinsam gestalten!

Verkehrsverbünde stabilisieren und verbessern den ÖPNV im ländlichen Raum – auch in Zeiten des Deutschlandtickets

Es ist ein gutes Signal für den ÖPNV im ländlichen Raum, dass sich alle verbundfreien Landkreise einer Initiative zur Neugründung oder Erweiterung eines Verkehrsverbunds angeschlossen haben. Denn von leistungsfähigen Verkehrs- und Tarifverbänden – vor allem mit einem Zusammenschluss von Bus und Bahn – profitieren nicht nur die Fahrgäste, sondern auch die Landkreise und kreisfreien Städte selbst.

Die Anforderungen an die Kommunalverwaltungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. So binden die Umsetzung des Deutschlandtickets, die Kommunalisierung der Ausgleichszahlungen für Ausbildungsverkehr oder der zunehmende Rückgang der Eigenwirtschaftlichkeit verbunden mit Vergabeaufwand und Vertragsbeziehungen mit den Verkehrsunternehmen viele Kapazitäten. Hinzu kommt eine größere Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger in Sachen ÖPNV. Neue Entwicklungen wie digitale Check-In/Be-Out-Lösungen im Ticketvertrieb, Echtzeit-Fahrgastinformation oder fahrgastfreundliches Störfallmanagement sind so komplex, dass für einzelne Landkreise bei der Umsetzung zwangsläufig eine Überforderung droht.

Eine Verbundgesellschaft kann den Kommunalverwaltungen viel Arbeit abnehmen, etwa bei der öffentlichen Vergabe von Verkehrsleistungen, der Fortschreibung der Nahverkehrspläne oder bei Marketing- und Werbemaßnahmen. Die Fahrgeldeinnahmen werden nach einem verbundweiten Aufteilungsschlüssel verteilt. Das ist gerade auch in Zeiten des Deutschlandtickets wichtig. Angesichts von fast 1.000 Verkehrsunternehmen in Bayern ist die bayerische ÖPNV-Landschaft auf die Verbundstrukturen angewiesen, da diese eine wichtige Bündelungsfunktion übernehmen und als zentraler Ansprechpartner fungieren. Außerdem versprechen leistungsfähige Verbundgesellschaften direkt spürbare Verbesserungen für die Fahrgäste. Durch die Zusammenarbeit mit weiteren Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen lassen sich Großprojekte wie digitales Ticketing effektiv und in hoher Qualität umsetzen.

Bis 2023 gab es bayernweit 47 Landkreise und kreisfreie Städte, die nicht Teil eines leistungsfähigen Verkehrsverbunds waren. Mit Unterstützung durch unser Förderprogramm zur Verbundintegration haben sich alle verbundfreien Landkreise und kreisfreien Städte einer Initiative zur Neugründung oder Erweiterung eines Verkehrsverbunds angeschlossen. Zum Jahreswechsel 2023/2024 wurden die ersten großen Verbunderweiterungen umgesetzt. Dadurch hat sich die Zahl der verbundfreien Landkreise und kreisfreien Städte auf 36 reduziert. Wir freuen uns darauf, diesen Weg zusammen mit Ihnen weiterzugehen!

Landkreise als Gamechanger?



Von Landrat Franz Löffler, Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag

Das Gelingen der Energiewende ist für den Wirtschaftsstandort Bayern sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort essenziell. Aber was ist hierzu erforderlich und welche Rolle können die Kommunen und konkret die Landkreise spielen? Diese Frage hat die Landkreisversammlung vor zwei Jahren mit Ministerpräsident Dr. Söder in Prien a. Chiemsee diskutiert. Wir haben uns unter anderem gefragt, ob die Landkreise das Recht erhalten sollen, selbst Energie erzeugen und vermarkten zu dürfen. Die Zusage unseres Ministerpräsidenten hierzu haben wir damals erhalten. Er hat sein Versprechen im Rahmen unserer diesjährigen Versammlung in Wunsiedel in aller Klarheit erneuert. Das gilt es zu würdigen.

Warum die Landkreise in die Energieerzeugung einsteigen müssen

Zweifelsohne sind die Herausforderungen immens, vor denen Deutschland und wir alle stehen. Das kann und will ich nicht kleinreden. Nun könnten einige vor diesem Hintergrund fragen: „Wieso müssen die Landkreise in die Energieerzeugung einsteigen?“ Ihnen möchte ich antworten: Weil uns das Thema „Energie“ als Gesellschaft in unserer Substanz so sehr betrifft, wie fast kein anderes. Wir müssen mit aller Kraft vorangehen und können es uns nicht leisten, Potenzial liegen zu lassen. Energiekosten sind mehr denn je ein Standortfaktor. Energieintensive Unternehmen dürfen nicht abwandern, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Gleichzeitig müssen wir und allen voran die Bundesregierung anerkennen, dass die notwendigen Änderungen nicht gegen den Willen des Souveräns, unserer Bürgerinnen und Bürger, durchgesetzt werden können. Das führt uns nicht zuletzt das Ergebnis der Europawahl deutlich vor Augen.

Mit heterogenen, vor Ort akzeptierten Lösungen gelingt die Energiewende

Die für das Gelingen der Energiewende notwendige Akzeptanz vor Ort ist nicht erst jetzt, aber jetzt erst recht in aller Munde. Das „energiepolitische Dreieck“ der Staatsregierung, bestehend aus Ökonomie, Ökologie und Versorgungssicherheit, hat jüngst „ein Dach“ bekommen. Für eine möglichst breite Akzeptanz müssen wir die Energiewende aber auch kommunal denken. Meines Erachtens macht es aus vielen Gründen Sinn, dass aktuell größere kommunale Energieunternehmen entstehen, denn das erzeugt bestmögliche Synergien zwischen den unterschiedlichen kommunalen Ebenen. Kleine Gemeinden sind in den seltensten Fällen in der Lage, derartige Vorhaben im Alleingang zu realisieren. Aus diesem Grund ist eine konstruktive Partnerschaft der kommunalen Familie durch einen Zusammenschluss von Landkreis und Gemeinden von größter Bedeutung, um auf dem Betätigungsfeld der Erneuerbaren Energien erfolgreich zu sein. Ich sage aber auch in aller Deutlichkeit: Die Ausgangslage ist bayernweit heterogen. Der Landkreis Cham und 37 seiner 39 Gemeinden haben gemeinsam Regionalwerke gegründet. Was hier richtig ist, mag anderswo nicht in Betracht kommen. Am Ende geht es darum, der kommunalen Familie insgesamt das notwendige Werkzeug an die Hand zu geben, um vor Ort für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen.

Stärkung der regionalen Wirtschaft und lokalen Identität

Bisher sind wir Kommunen vor allem mit Planungsaufgaben und als Landratsämter mit hoheitlichen Verfahren befasst. Vereinfacht gesagt machen wir die Arbeit. Das Geschäft machen andere. Es bieten sich jetzt, das sage ich in aller Demut vor der zugegebenermaßen enormen Aufgabe, auch Chancen. Chancen, die vielen Milliarden an Wertschöpfung durch Energieerzeugung nicht länger zu exportieren, sondern im Land und bestenfalls vor Ort zu halten. Chancen, unseren Unternehmen und unseren Bürgern durch gemeinsame Kommunalunternehmen verlässlich dauerhaft bezahlbare Energie zur Verfügung zu stellen. Ich bin der festen Überzeugung, dass man durch mittelbare und unmittelbare Teilhabe vor Ort Identität und infolge mehr Akzeptanz schafft, als mit dem (gescheiterten) Versuch, die Bevölkerung zu missionieren. Was es



braucht, sind mehr regionale Identifikationsprojekte und weniger maximal rendite-orientierte Investments von auswärtigen, im ungünstigsten Fall nicht-europäischen Investoren. Wir als Kommunen, allen voran aber die Bundesregierung und der Freistaat, müssen sich die Frage stellen, ob man sich nicht in neue Abhängigkeiten begibt, wenn man nicht stärker darauf schaut, wie die Eigentums- und Besitzverhältnisse der neu entstehenden Energieparks verteilt sind.

Mehr kommunaler Einfluss und Beteiligung anstatt kommunalunfreundlicher Vergabepraxis

Im Rahmen unserer Landkreisversammlung in Wunsiedel mehrfach aus dem Publikum angesprochen wurde insoweit die Vergabepraxis für Windkraftanlagen der Bayerischen Staatsforsten. Es wurde darauf hingewiesen, dass bei der Ausweisung der Windgebiete mehr und mehr Gemeinden bewusst am Staatswald vorbeiplanen. Aus Angst bei den Ausschreibungen nicht zum Zug zu kommen. Das kann und darf nicht die Lösung sein. Ich verstehe aber die Beweggründe und werde im Regionalen Planungsverband selbst nicht für Flächen kämpfen, die in einem Verfahren vergeben werden, das die Kommunen klar benachteiligt. Die Staatsregierung muss hier dringend weiter nach kommunalfreundlichen Lösungen suchen. Ein verstärktes kommunales Engagement kann ein elementarer Baustein sein. Dafür müssen sich die Bayerischen Staatsforsten aber bewegen. Die Aussage des Ministerpräsidenten im Rahmen seiner Regierungserklärung für ein „Bayern-Update“ lässt hier hoffen. Wichtig ist, die Landkreise als Investoren stärker zu befähigen.

Effiziente Integration erneuerbarer Energien durch bessere Abstimmung von Netzausbau und Anlagenplanung

Als Kommunen geht es uns nicht um Renditeerwartungen, sondern um einen nach den genannten Faktoren Akzeptanz, Wertschöpfung, Wirtschaftsstandort und Versorgungssicherheit gelungenen Umbau des Energiesystems. Dazu muss nicht zuletzt auch der Ausbau der Erneuerbaren stärker mit dem Netzausbau abgestimmt werden. Eine gemeinsame Forderung der kommunalen Spitzenverbände, des VBEW und der Verteilnetzbetreiber lautet daher, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Planung der Erneuerbare-Energien-Anlagen mit dem Netzausbau zu verzahnen und im besten Fall zu synchronisieren. Deutschland kann es sich nicht leisten, Netze zu bauen, die nicht zu 100% belegt werden, sondern an

den Spitzen von volatilen Erzeugern ausgerichtet werden. Ebenso wenig können wir es uns leisten, Erzeuger aufgrund Netzüberlastung im großen Stil abzuschalten. Auf Verteilnetzebene müssen hierzu Speicher stärker einbezogen und die Netze intelligenter werden. Auch die Regulatorik muss angepasst werden.

Grenze kommunaler Energieeffizienz: finanzielle und personelle Ressourcen

Für ein Engagement sprechen auch viele unmittelbare, eigene Betroffenheiten, wie die zu erwartenden Sanierungspflichten für öffentliche Gebäude oder die Dekarbonisierung des ÖPNV und die Schaffung der hierzu notwendigen Infrastruktur. Die im Vorgriff der Landkreisversammlung durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass 95 % der Landkreise in den letzten 10 Jahren bereits freiwillig Energieeffizienzmaßnahmen ergriffen haben. Dabei wurden durchschnittlich 35 % der eigenen Liegenschaften energetisch saniert. Entsprechend sind nur 25 % der Landkreise für verpflichtende landesrechtliche Regelungen zur Umsetzung der Sanierungs- und Energieeffizienzziele. Grenze des Machbaren sind hier nicht der gute Wille, sondern Geld, Personal und verfügbare Fachkräfte.

Die Verkehrswende als untrennbarer Bestandteil der Energiewende: Herausforderungen und Lösungsansätze für eine nachhaltige Mobilität

Untrennbar mit der Energiewende verbunden ist die Verkehrswende. Trotz immer effizienterer Motoren und sparsamerer Fahrzeuge ist die Mobilität ein großer Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. Weil die Einsparziele in den letzten Jahren verfehlt wurden, versuchen EU und Bund den CO₂-Ausstoß durch immer schärfere Abgasnormen und die verpflichtende Umstellung auf Batterieelektrische- oder Wasserstoffantriebe einzudämmen. Dabei sind die Anschaffungskosten für Elektro- und Wasserstoffbusse im Vergleich zu herkömmlichen Dieselnissen wesentlich höher. Hinzu kommen noch die Umstellungskosten für die Infrastruktur auf den Betriebshöfen, die auf eine ausreichende Netzanbindung angewiesen sind.

Die Finanzierung der Verkehrswende: Umbau des Verkehrssektors trotz steigender Kosten und Rückzug des Bundes?

Es ist fatal, dass der Bund sich in dieser Situation aus der Förderung von Elektrobussen zurückzieht. Infolge steigender Personal-, Kraftstoff- und Energiepreise lau-

fen im ÖPNV schon jetzt die Kosten davon, weshalb sich der Status quo mit den vorhandenen Finanzzuweisungen von Bund und Land nicht aufrechterhalten lässt. Wie soll dann aber der Umbau des Verkehrssektors bewerkstelligt werden? Eine Refinanzierung über Ticketpreise ist aktuell nicht möglich. Mit Einführung des Deutschlandtickets durch den Bund und die Länder wurde der Ausgleich der Mindereinnahmen gegenüber den Verkehrsunternehmen gedeckelt, weil bei den Leistungen nur Tarifanpassungen bis maximal 8 % berücksichtigt werden. Auch dieser Spielraum reicht vielerorts nicht aus, um die laufenden Betriebskosten zu decken. Zudem wurden die ÖPNV-Zuweisungen seit 2019 nicht mehr erhöht. Die Hilfen für den Ausbildungsverkehr (ehemalige § 45a-Mittel) sind sogar seit 2015 unverändert.

Zwar sind für das Deutschlandticket nach den Haushaltsplanungen für das Jahr 2024 allein in Bayern über 600 Mio. € veranschlagt. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit diesem Betrag lediglich die Pendler und Fahrgäste entlastet werden, die bereits über ein gutes ÖPNV-Angebot verfügen. Die Antriebswende lässt sich damit nicht finanzieren, weil die staatlichen Zuschüsse nur die Mindereinnahmen infolge der Fahrpreissenkung ersetzen.

Zudem ist trotz Einführung des Deutschlandtickets der Zuwachs an echten Neukunden, also der Umsteiger vom Auto auf den ÖPNV, nach den bisherigen Erkenntnissen eher überschaubar. In der Tat kann niemand umsteigen, wenn es an einem attraktiven ÖPNV-Angebot fehlt. Nicht nur vor diesem Hintergrund, sondern auch angesichts der unübersehbaren Finanzierungslücken müssen wir uns schon die Frage stellen, ob die staatlichen Mittel nicht besser für den Ausbau des An-

gebots angelegt wären? Denn wenn wir nicht einmal den Status quo im ÖPNV halten können, werden die Menschen in unserem Land noch stärker auf das Auto angewiesen sein. Mehr Verkehr bedeutet aber auch mehr Belastung für das Klima und die Umwelt, zumal die Entwicklung im Bereich der E-Fahrzeuge aktuell auch wenig erfolgversprechend läuft.

Echte Gamechanger für die Energiewende

Um den Umbau des Verkehrssektors zu stemmen, benötigen die Landkreise viele zusätzliche Mittel. Sollen die finanziellen Herausforderungen nicht Totengräber der Verkehrswende und damit Hemmschuh zahlreicher Klimaziele werden, müssen Bund und Freistaat die von Geld- und Personalnot geprägte Realität anerkennen. Die bisherigen Finanzzuweisungen reichen nicht ansatzweise aus, um das bestehende Angebot im ÖPNV aufrechtzuerhalten und erst recht nicht, um den Umbau des Verkehrssektors zu decken. Unter den bestehenden Rahmenbedingungen kann kein wirkungsvoller Beitrag der Landkreise geleistet werden.

Bei der Energiewende können die bayerischen Landkreise unter Berücksichtigung der individuellen Erfordernisse vor Ort und den daraus resultierenden Möglichkeiten zum Einstieg in die Energieerzeugung und -vermarktung echte Gamechanger sein. Indem sie ihre Stärken einbringen, schaffen sie regionale Identifikationsprojekte, fördern die Akzeptanz für die Energiewende vor Ort, leisten einen Beitrag zur Versorgungssicherheit und stärken damit den Wirtschaftsstandort Bayern.

Zukunftsfähige Energieversorgung ist in Wunsiedel Realität

Von Marco Krasser, Geschäftsführer der SWW Wunsiedel GmbH

Während der Klimawandel mehr und mehr fühlbar wird, geht es mit der Transformation der Energieversorgung nicht überall schnell genug voran. In Wunsiedel beschäftigen wir uns schon seit über 20 Jahren mit diesem Thema – und das nicht nur in der Theorie, sondern ganz praktisch in unserer Stadt, unserem Landkreis und unserer Region. Wir haben das den WUNSiedler Weg Energie getauft und den gehen wir im Schulterchluss mit der Politik, der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern.



SWW-Geschäftsführer Marco Krasser (Mitte) und Peter Berek, Landrat des Landkreises Wunsiedel, überreichen dem bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (rechts) das von der SWW Wunsiedel GmbH realisierte Bilderbuch zur Energieversorgung.
(Bild: Christopher Fröhlich, SWW-Gruppe)

CO₂-neutral, dezentral, digital

Auf den Punkt gebracht, realisieren wir eine CO₂-neutrale, dezentrale, digitale und über alle Sektoren vernetzte Energiewirtschaft. Genau diese Eigenschaften sind nötig für eine enkelverträgliche Versorgung mit Strom und Wärme sowie eine ebensolche Mobilität. Enkelverträglichkeit heißt, dass Sicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet sein müssen. Denn: Das energiepolitische Dreieck ist auch künftig zu beachten, nur wird es auf völlig andere Weise erfüllt

werden als bisher. Ja, was die Nachhaltigkeit betrifft, wird dieser Punkt erstmals wirklich beachtet werden.

Wichtig ist dabei, stets das Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie zu wahren. Nur dann ist der umfassende Wandel in Sachen Energie überhaupt umsetzbar, weil er nur dann finanzierbar ist und weil er nur dann von den Menschen vor Ort mitgetragen wird. In Wunsiedel haben wir den Vorteil eines sehr frühen Starts in die neue Energiewelt. Dadurch konnten wir Schritt für Schritt die nötigen Projekte umsetzen, nach und nach immer mehr Partner gewinnen sowie Zusammenschlüsse wie die ZukunftsEnergie Nordostbayern (ZENOB) GmbH gründen – und der Bevölkerung zeigen, dass sie am Ende vom WUNSiedler Weg profitiert.

Gehandelt werden muss jetzt

So haben wir in Wunsiedel gezeigt, dass die Energiezukunft gelingen kann. Dafür war jede Menge Mut gefragt, denn vieles wurde zum ersten Mal ausprobiert, sodass Erfahrungswerte fehlten. Auch brauchten und brauchen wir Ausdauer, weil der Weg noch lange nicht zu Ende ist. Es handelt sich um ein Mehrgenerationen-Vorhaben, was allerdings nicht dazu führen darf, dass wir die wesentlichen Aufgaben an unsere Nachkommen abgeben. Vielmehr muss – das haben die jüngsten Extremwetterereignisse gerade wieder bewiesen – so schnell wie möglich gehandelt werden. Natürlich mit Augenmaß, aber konsequent.

Ein entscheidender Punkt ist die Überzeugung der Handelnden. Hier in Wunsiedel waren sich alle Verantwortlichen schon vor vielen Jahren darüber im Klaren, dass man nicht weitermachen konnte wie die Jahrzehnte zuvor. Diese Erkenntnis reifte sowohl beim örtlichen Energieversorger, der SWW Wunsiedel GmbH,



Die Energiezukunft
als Bilderbuch

als auch bei der Stadt, dem der kommunale Betrieb SWW gehört. So entwickelten wir zusammen Strategien, legten Ziele fest, planten die Einbindung weiterer Kommunen der Region, der Wissenschaft und der Wirtschaft.



*Wunsiedler Weg
jetzt live erleben!*

Stärkung der Region

Die übergeordnete Vision war und ist eine Energiewirtschaft, die zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energiequellen und nachwachsenden Rohstoffen aus der Region basiert. Es folgten zahlreiche Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie, deren intelligente Vernetzung sowie die Umsetzung von Optionen zur Speicherung. Jedes der Projekte wurde so ausgerichtet, dass es wirtschaftlich war. Das heißt: Der WUNSiedler Weg Energie hat nicht nur einen volkswirtschaftlichen Nutzen, weil er die Folgekosten fossiler Energiewirtschaft vermeidet, sondern er rechnet sich auch für die Kommune – und damit selbstverständlich für die in ihr lebenden Menschen.

Konkret: Unsere regionale Energiewirtschaft erhöht die Wertschöpfung vor Ort. Es werden Kreisläufe in der Region geschlossen, statt lediglich Strom und Gas zu importieren. Wir sichern damit vorhandene Arbeitsplätze und schaffen neue. Das sind keineswegs zu vernachlässigende Nebeneffekte, sondern zentrale Charakteristika einer dauerhaft erfolgreichen neuen Art der Energieversorgung. Die nämlich ist nicht ohne die Zustimmung derjenigen machbar, die sie direkt betrifft: der Bürgerinnen und Bürger. Sie mitzunehmen, erfordert eine umfassende Kommunikation, die für uns in Wunsiedel stets genauso wichtig war und ist wie die technische Umsetzung unserer Projekte.

Erweiterbares Baukastensystem

Genauer betrachtet, besteht der WUNSiedler Weg aus einem Baukastensystem. Er ist skalierbar konzipiert, kann also jederzeit erweitert werden. Zudem funktionieren die einzelnen Module auch in der Post-EEG-Welt. Da wir es mit stark fluktuierenden Energie-

erzeugern zu tun haben – etwa Windkraft- und Photovoltaikanlagen –, müssen die Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie über alle Ebenen gekoppelt werden. Dasselbe gilt für die Produktion, den Transport, die Speicherung und die Verwendung von Energie. Motto: Weg vom Silodenken und hin zu vernetztem Denken.

Klingt sehr theoretisch, wird aber in Wunsiedel bereits umgesetzt. Die strikte Trennung in wenige Großkraftwerke und sehr viele reine Energieverbraucher gehört der Vergangenheit an. Stattdessen muss jedes Gebäude und jeder Industriebetrieb zu einem Kraftwerk gemacht werden. Ein Ein- oder Mehrfamilienhaus zum Beispiel kann mit Brennstoffzellen die Kraft-Wärme-Kopplung nutzen, mit Batteriespeichern, einer Photovoltaikanlage, einem Wärmespeicher und einer Wärmepumpe ausgestattet werden. Verbunden werden die Gebäude über das Stromnetz sowie das Gasnetz, in dem heute noch Erdgas, morgen aber Wasserstoff transportiert wird. Doch damit nicht genug: Vernetzt wird auch über das Internet. Das Stichwort dafür lautet Internet of Things (IoT).



SWW-Geschäftsführer Marco Krasser auf dem Landkreistag in Wunsiedel am 15. Mai 2024 (Bild: Christopher Fröhlich, SWW-Gruppe)

Akzeptanz durch Vertrauen

Wir liefern mit unserem WUNSiedler Weg keine eins zu eins kopierbare Blaupause, aber inspirierende und bereits praxiserprobte Konzepte für andere Regionen. Viele lokale Lösungen sind besser, als endlos auf das „große Ganze“ zu warten. Lokale Lösungen können bei engagierten Verantwortlichen vor Ort schnell umge-



setzt werden, sie stärken die Regionen und reduzieren unsere Abhängigkeit von Drittstaaten. Aber natürlich bedeuten sie sehr viel an Veränderung und die wiederum braucht Akzeptanz. Deshalb lässt es sich nicht oft genug betonen, wie wichtig die Mitnahme der Bevölkerung ist.



Marco Krasser bei seinem Vortrag nach dem Austausch der bayerischen Landrätinnen und Landräte mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck

Akzeptanz setzt Vertrauen voraus – und das muss man sich erarbeiten. Das heißt in puncto Transformation der Energieversorgung: Die Menschen vor Ort müssen den Sinn der Veränderung verstehen und sie müssen begreifen, was sie davon haben. In Wunsiedel haben wir daher von Anfang an einen Schwerpunkt auf die Vermittlung der handfesten Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger gelegt: Mit lokalen Bürgerstrommodellen können sie sich auf stabile, günstige Preise verlassen. Spekulationseinflüsse wie auf den überregionalen Märkten werden zurückgedrängt. Dazu kommt die Möglichkeit, sich finanziell etwa an einem Windpark oder einer PV-Freiflächenanlage zu beteiligen.

Flexibilität ist der Schlüssel

Schauen wir uns die Umsetzung der Energiewende an, lautet eine zentrale Erkenntnis: Wir leben nicht auf einer Kupferplatte. Deshalb muss sich das künftige Design der Energiemärkte wieder mehr an der Physik orientieren. Das nämlich erlaubt es, die notwendigen Investitionen zu finanzieren und den Bedarf an Subventionen zu minimieren. Flexibilität ist in diesem Zusammenhang das Schlüsselprinzip, um die volatile Energieerzeugung zur Deckung mit dem Energieverbrauch zu bringen.

Durch lokale sektorübergreifende Lösungen stärken wir die Resilienz des Gesamtsystems. Dabei müssen wir die Fixierung auf das Leitmotiv Wirkungsgrad von einzelnen Anlagen beseitigen. In der Natur geht es vielmehr darum, den Gesamt-Nutzungsgrad zu maximieren. Wir dürfen also wie gesagt nicht in Silos, sondern müssen in Systemen denken. Diese zu gestalten, liegt unserer Überzeugung nach zu großen Teilen in den Händen der Kommunen und Landkreise. Die kennen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und sie kennen auch die Bedingungen vor Ort, an denen sich die dezentrale Energieversorgung ausrichten muss.

Rahmenbedingungen müssen sich ändern

Um unabhängig von Energieimporten und fossilen Energieträgern zu werden, darf keine Kilowattstunde Energie verschwendet werden. Derzeit werden von der SWW und ihren Tochter-Unternehmen zwei elektrische Großspeicher gebaut beziehungsweise betrieben sowie mehrere kleine elektrische Speicher und Wärmespeicher in verschiedenen Größen. Die WUN H2 GmbH, an der die SWW beteiligt ist, betreibt die aktuell größte Produktionsanlage für grünen Wasserstoff in Bayern. Große PV-Freiflächenanlagen und Windparks sollen zusammen mit spezialisierten Partnern realisiert werden. Die Erzeugung von Ökostrom in der Region dürfte damit enorm zunehmen – was auch dem Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirtschaft zugutekommt.

Was die Rahmenbedingungen betrifft, ist ein ehrlicher Umgang mit den Preisen nötig. Derzeit haben wir an manchen Tagen negative Strompreise, was durch mehr Flexibilitäten im Markt verhindert werden könnte. Um die zu schaffen, braucht es aber Anreize für die nötigen Investitionen, und Speichersysteme müssen Teil der Netzinfrastruktur werden. Noch Vision ist das sogenannte Zukunftskraftwerk, das mit Hilfe eines smarten Technik-Pakets Eigenverbrauch und Einspeisung von Energie für Haushalte und Betriebe optimieren soll – sowohl wirtschaftlich als auch in Hinblick auf die Stabilität der Netze. Mit solchen Zukunftskraftwerken, so der Plan der SWW, wird ein dichtes Netz aus Energieerzeugern, -verbrauchern und -speichern geknüpft.



In weniger als zwei Minuten auf den Punkt gebracht, wie die Energiezukunft aussieht

Standortfaktor Energiewende



Von Bertram Brossardt,
Hauptgeschäftsführer
vbw – Vereinigung der
Bayerischen Wirtschaft e.V.
(Quelle: vbw)



Die bedarfsgerechte Verfügbarkeit von bezahlbarer, nachhaltig erzeugter Energie ist ein entscheidender Standortfaktor. Eine bessere Alternative als die Energiewende mit einem massiven Ausbau aller erneuerbaren Energieträger und Netze sowie dem Aufbau neuer Märkte etwa für Wasserstoff ist nicht ersichtlich.

Der Umbau unseres Energiesystems verläuft allerdings nach wie vor zu träge, zu kraftlos und zu umständlich. Unser 12. Monitoring der Energiewende von März 2024 zeigt:

- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht voran, aber annähernd auf Zielpfad sind wir nur bei der Photovoltaik.
- Wir müssten beim Netzausbau im Übertragungsnetz heute schon 2.000 km weiter sein, und der erhebliche Ausbaubedarf im Verteilnetz kommt noch oben drauf.
- Bei den Energiepreisen steht die Ampel auf dunkelrot,
- und selbst auf den ersten Blick positive Entwicklungen sind bei genauerer Betrachtung besorgniserregend: So sind die CO₂-Emissionen zwar zuletzt gesunken, aber das ist auf die gedrosselte Produktion der Betriebe im derzeit schwierigen wirtschaftlichen Umfeld zurückzuführen.

Um eine De-Industrialisierung zu verhindern und Fortschritte bei der Bekämpfung des Klimawandels zu machen, muss die Energiewende jetzt wirklich Fahrt aufnehmen. Nur ein Beispiel, um die Größe der Herausforderung zu verdeutlichen: In Bayern müssen wir rein rechnerisch pro Woche mindestens zwei große Windkraftanlagen in Betrieb nehmen, und das jede einzelne Woche bis 2040, Zieljahr der Staatsregierung für das

Erreichen von Klimaneutralität. Im Vergleich zum bisherigen Ausbautempo müssen wir dazu etwa um den Faktor 20 schneller werden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es sehr, dass die Politik gewillt ist, die Bremsen zu lösen. Es war überfällig, dass das überragende öffentliche Interesse an erneuerbaren Energien mittlerweile auf allen Ebenen – EU, Bund und Bayern – gesetzlich verankert wurde. In der Praxis sehen wir, dass das noch nicht unbedingt auf die konkreten Abwägungsprozesse durchschlägt. Hier brauchen wir noch klarere Handreichungen für die behördlichen Entscheider vor Ort, um ihnen die notwendige Handlungssicherheit zu geben: Sie müssen sich als „Enabler“ der Energiewende verstehen und entsprechend agieren.

Für grundsätzliche Erleichterungen im Planungs- und Genehmigungsprozess ist der Bund verantwortlich, innerhalb der Grenzen des europäischen Rechts. Einiges wurde und wird dazu in jüngster Zeit zu Recht auf den Weg gebracht. Wir wünschen uns noch ein bisschen mehr Mut – auch die letzten Barrieren müssen fallen, beispielsweise mit umfassenderen Stichtagsregelungen und konsequenten Genehmigungsfiktionen. Tatsächlich hat sogar die EU-Kommission im Mai eine Empfehlung veröffentlicht, zugunsten nachhaltiger Energie und erforderlicher Infrastrukturen auf solche Instrumente zu setzen. Das sollte aus unserer Sicht auch für Industrieanlagen gelten, die – beispielsweise für den Einsatz von Wasserstoff – umgerüstet werden müssen.

Eines sage ich als überzeugter Marktwirtschaftler mit großem Bedauern, aber mit fester Überzeugung: Der



Markt allein kann es in der Energiepolitik nicht mehr richten. Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten, sind die Unternehmen auf bezahlbare Energiepreise angewiesen – jetzt sofort, und nicht erst in ein paar Jahren. Das gilt ganz besonders für Strom, der im Energiesystem der Zukunft eine wesentlich größere Rolle einnehmen wird. Hier benötigen wir dringend weitere Entlastungstatbestände: einen Brückenstrompreis für Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen und einen hohen Energiekostenanteil haben, eine dauerhaft niedrige Stromsteuer für alle Unternehmen und neue Lösungen für die Finanzierung des Netzausbaus. Auch die Kosten für Backup-Kraftwerke und namentlich für die perspektivische Verstromung von Wasserstoff darf nicht einfach auf die Strompreise durchschlagen. Es gibt eine Reihe von Stellen, an denen wir im Sinne einer soliden Haushaltsführung sparen müssen – die Zukunftssicherung unseres Wirtschaftsstandorts durch wettbewerbsfähige Energiekosten zählt nicht dazu.

Viele andere Baustellen müssen parallel bearbeitet werden, etwa die Verfügbarkeit der notwendigen Fach- und Arbeitskräfte für den Aufbau der Energieanlagen, der Zugang zu den notwendigen Rohstoffen oder die Organisation des Transports von Anlagenteilen. Auch hier brauchen wir Vorfahrt für die Energiewende.

Bei etlichen Fragen können uns Forschung und technologische Innovationen voranbringen: Nur ein Beispiel sind neue Batteriespeicher, die ohne kritische Rohstoffe auskommen. Bayern und Deutschland haben in Klimaschutztechnologien eine sehr gute Ausgangsposition. Wir konnten schon 2020 mit einer großen Patentanalyse zeigen, dass Bayern für zehn Prozent der europäischen und mehr als ein Viertel der deutschen Weltklasseforschung in diesem Bereich verantwortlich ist. Die Transformation lässt sich also in großen Teilen mit Technologien, Bauten und Anlagen umsetzen, die in Deutschland und Bayern hergestellt werden (können).

Der Einsatz von geeigneten technologischen Lösungen ist die einzige realistische Möglichkeit, die Treibhausgas-Emissionen innerhalb von rund zwei Jahrzehnten auf Netto-Null zu reduzieren. Dabei handelt es sich vor allem um bekannte und überwiegend bereits marktfähige Technologien auf der Nachfrageseite (Bau, Gebäude, Industrie, Verkehr), im Stromsystem sowie zur Wasserstoffherzeugung, zur Produktion synthetischer Energieträger und zur CO₂-Abscheidung. So genannte Game Changer Technologien wie neuartige Energiespeicher können die Transformation erheblich erleich-

tern, aber es ist auch wesentlich unsicherer, ob und wann sie den Durchbruch schaffen. Trotzdem lohnt es sich, auch in diese „riskanteren“ Richtungen zu forschen. Hinzu kommen wichtige Querschnittsbereiche wie die Nanotechnologien und die Digitalisierung. Dabei muss vor allem der Einsatz künstlicher Intelligenz für den Klimaschutz deutlich gestärkt werden. Die Hightech Agenda Bayern hat hier schon die Weichen richtig gestellt – jetzt müssen wir noch mehr Fahrt aufnehmen, um bei der Dynamik mit den weltweiten Spitzenstandorten mitzuhalten.

Diese technologische Kompetenz müssen wir dann allerdings auch in am Markt erfolgreiche Innovationen umsetzen: in weltweit gefragte Produkte, mit denen sich Energie noch effizienter erzeugen, transportieren, speichern oder einsparen lässt. Um solche Lösungen zu entwickeln, brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion am Standort Deutschland und Bayern. Neben den Energiekosten gehören unter anderem international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern und ein wesentlich niedrigeres Level an bürokratischen Belastungen ganz oben auf die Agenda.

Das sind alles dicke Bretter, aber nur so können wir einer schleichenden De-Industrialisierung entgegenwirken und die Energiewende auch ökonomisch zum Erfolg führen. Zusammenfassend gilt: Machen statt nur wollen, das muss jetzt die Devise sein.

Energie-Innovation in Bayern: Marktführer 1KOMMA5° stärkt seine Präsenz in Süddeutschland

1KOMMA5° ist der europaweit führende Energieversorger und One-Stop-Shop für CO₂-neutrale Stromerzeugung, Wärme und Mobilität. Nur 23 Monate nach der Firmengründung im Jahr 2021 hat 1KOMMA5° mit einer Bewertung von 1 Milliarde Dollar den Einhorn-Status erreicht und ist somit das am schnellsten wachsende deutsche Cleantech Start-up. Inzwischen arbeiten über 2.200 Talente an 75 Standorten in sieben Ländern an der Vision, unsere Kundinnen und Kunden mittels der Heartbeat Energie-Plattform im Rhythmus von Wind und Sonne zu vernetzen, sodass sie immer den günstigsten und saubersten Strom beziehen.

Ganzheitliche, klimaneutrale Energielösungen aus einer Hand

Wir liefern alles aus einer Hand, was es braucht, um Eigenheime oder Gewerbeimmobilien klimaneutral zu machen. Dazu zählen nicht nur Solaranlagen, Stromspeicher, Wallboxen oder Wärmepumpen, sondern auch die Energie-Plattform Heartbeat. Diese kombiniert alle Komponenten zu einem intelligenten, ganzheitlichen Energiesystem, das zudem über den dynamischen Stromtarif Dynamic Pulse an den Strommarkt angebunden werden kann. Damit ermöglicht das Cleantech Start-up nicht nur CO₂-neutrale Energie, Wärme und Mobilität, sondern auch den günstigsten Strompreis Deutschlands. Alles aus einer Hand bedeutet, dass wir die ganze Wertschöpfungskette integriert

haben: vom Hersteller, Handwerker bis zum Energieversorger und Softwareentwickler. So sind unsere lokalen Meisterbetriebe von der Planung und Installation bis zur Wartung die einzige Anlaufstelle und langfristiger Partner für unsere Kundinnen und Kunden direkt in ihrer Region. Kurzum: Wir ermöglichen die Energiewende zuhause so einfach zugänglich, so günstig und so clever wie möglich.

Die Motivation steckt im Namen. Wir sind ein CO₂-Vermeidungs-Unternehmen mit dem Ziel, einen Beitrag zum 1,5° Klimaziel zu leisten und den Wechsel von fossilen Energiequellen wie Öl, Gas und Kohle auf die sauberen, erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne zu ermöglichen. Die Idee, dafür mit Heartbeat eine Energie-Plattform zu bauen, ist bereits vor vielen Jahren entstanden und verbindet seitdem viele smarte Köpfe, die zuvor bei Tesla, Sonnen und Google Innovationen vorangetrieben haben.

1KOMMA5° ist inzwischen eine Bewegung, die immer mehr Menschen anzieht und sich in einer dynamischen Phase zwischen Start-up und global etablierten Industrieunternehmen befindet. Unser Ziel ist es, die agilen Wurzeln zu bewahren und durch Innovationen, Wachstum und die Einführung neuer Produkte eine solide Grundlage für eine etablierte Position zu schaffen und den Kunden immer die zukunftsfähigsten Energielösungen zu bieten. Gleichzeitig treiben wir die Digitalisierung des Handwerks an allen Standorten konsequent voran.



Erfolgreiches Wachstum durch Top-Talente und starke Partnerschaften

Wir wollen weiter wachsen und bis 2030 1,5 Millionen Haushalte auf klimaneutrale Stromerzeugung, Wärme und Mobilität umstellen. Dafür haben wir Produkte, wie Heartbeat oder den dynamischen Tarif Dynamic Pulse, allen Menschen zugänglich gemacht - auch wenn sie bereits bei Wettbewerbern Komponenten gekauft haben.

Um das zu erreichen, brauchen wir Top-Talente. Anna Genske, 1KOMMA5° Managing Director Sales & Marketing für den Raum Süddeutschland, bringt hierfür eine beeindruckende Erfolgsgeschichte mit zu 1KOMMA5°. Bei Amazon war sie zuletzt in verschiedenen leitenden Positionen tätig und verantwortete unter anderem die Bereiche Start-ups und Consumer Products bei Amazon Business. Ihre Expertise in der Gestaltung von Kundenerlebnissen und Vertriebsprozessen wird eine zentrale Rolle bei der bevorstehenden Eröffnung des neuen Showrooms in bester Münchner Lage und der Expansion an neue Standorte in Regensburg, Nürnberg, Coburg und Bayreuth spielen.

Zudem setzen wir auf starke Partnerschaften. Ein Beispiel ist der Wärmepumpen-Spezialist Pfeuffer Haustechnik, ein Meisterbetrieb mit fast 20 Jahren Erfahrung in der Region Mainfranken, der die Präsenz von 1KOMMA5° in Bayern künftig weiter stärken und die regionale Abdeckung so verbessern wird. Pfeuffer Haustechnik wurde 2005 von Christian Pfeuffer gegründet. Der 54-jährige Heizungs- und Klimatechniker verfügt über langjährige Erfahrung mit Wärmepumpen und Solaranlagen und gilt als Überzeugungstäter und Mann der ersten Stunde, wenn es um die Energie- und Wärmewende in der Region Mainfranken geht.

Als Teil von 1KOMMA5° bietet Pfeuffer Haustechnik künftig individualisierte Energiesysteme, bestehend aus Solaranlage, Stromspeicher und Wärmepumpe in Kombination mit dem Energiemanager Heartbeat an. Heartbeat verbindet angeschlossene Systeme direkt mit der Strombörse und reduziert so die Stromkosten dauerhaft um bis zu 90%. Pfeuffer Haustechnik beschäftigt knapp 30 Mitarbeitende und betreut bereits heute den gesamten Prozess von der Planung bis zur Installation und hat bereits über 1.000 Systeme erfolgreich installiert.

Die Eröffnung eines Showrooms in München ist im Herbst 2024 geplant. Die 1KOMMA5° Showrooms haben das zentrale Ziel, dass Interessierte unsere Energiekomponenten anfassen und erleben können. Zudem finden dort wöchentlich lokale Infoabende und weitere Veranstaltungen statt - denn wir nehmen Aufklärung und Beratung im Dialog ernst.

Effizientes Energiesystem: Langfristige Kosteneinsparungen und Leistungsgarantien für Bürgerinnen und Bürger

Bürgerinnen und Bürger sparen mehr als die Hälfte ihrer Stromkosten durch das Energie-Gesamtsystem und den dynamischen Stromtarif von 1KOMMA5°. Darüber hinaus gelingt es uns, Skaleneffekte zu generieren, da wir mit über 75 Standorten weltweit Synergien schaffen. Wir geben zudem 30 Jahre Leistungsgarantie auf unsere Produkte, sodass wir aufgrund der Laufzeit-



Anna Genske und Sascha Koppe

kosten einen Preis von fünf Cent pro Kilowattstunde für selbst produzierten Solarstrom garantieren. Sophia Rödiger, Chief Marketing Officer von 1KOMMA5°, sagt: „Nicht nur die Kosten der Anschaffung und die Amortisation einzelner Geräte sind entscheidend, sondern auch wer ist verlässlicher Garantiegeber für den langen Lebenszyklus und welche Performance sichert mit mein Gesamtsystem über diesen Zeitraum.“ Unsere Teams sind als langfristige Partner vor Ort und kennen die lokalen Gegebenheiten - das weckt Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürger und steht für Verlässlichkeit. „Wir haben einen Wendepunkt erreicht, an dem wir die vielen Anlaufstellen und die Komplexität des Kundenerlebnisses vereinfacht haben. Nämlich in einer App, einen effektiven Heartbeat-Strompreis und ein Versprechen: Bei uns bekommen Kundinnen und Kunden immer den günstigsten und saubersten Strom“, rundet Rödiger den Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger ab.

Die Zukunft der Energie: Leben im Rhythmus von Wind und Sonne

Die Vision „Living on wind and sunlight forever for free“ unterstreicht den Paradigmenwechsel, für den wir stehen: Der Energieverbrauch wird in Zukunft vollständig dem Takt von Wind und Sonne folgen. Insbesondere das Zusammenspiel dieser beiden Energieelemente ist



Sophia Rödiger

einzigartig und keine Zukunftsmusik mehr, sondern bereits Realität, die mit uns möglich ist und von unseren Kundinnen und Kunden gelebt wird. Für 40 Prozent der mit dem dynamischen Tarif Dynamic Pulse verbundenen Eigenheime lag der effektive Strompreis im Mai durchschnittlich unter 0 Cent je Kilowattstunde. Die Daten zeigen, dass für unsere Kunden bereits heute die Einnahmen aus dem Stromverkauf häufig höher sind als die Kosten des optimierten Einkaufs.

Politische Förderung von erneuerbaren Energien durch Dialog und Bildung

Unsere Energielösungen senken die Stromgestehungskosten sowie die CO₂-Emissionen der Kundinnen und

Kunden signifikant. Das ist der Beweis, dass ökologisches Denken und ökonomisches Handeln keinesfalls gegensätzlich sein müssen. Förderprogramme aus der Politik schaffen dagegen kurzfristige Unsicherheiten, lähmende Verwirrung und administrativen Frust, die aus unserer Sicht vermeidbar wären. Wir würden langfristig ausgelegte Infrastrukturprogramme bevorzugen, zum Beispiel in Form von zinsgünstigen Krediten, die unkompliziert abrufbar sind. Darüber hinaus ist es wichtig, Deutschland als Innovationsstandort attraktiv zu halten und Forschung zu unterstützen. Entscheidend ist, dass die Energielösungen unabhängig von Förderprogrammen einen ökonomischen und ökologischen Beitrag für Bürgerinnen und Bürger und damit für die Gesellschaft leisten. Daran arbeiten unsere über 2.200 Mitarbeitenden jeden Tag.

Die Politik sollte helfen, ein positives Image rund um erneuerbare Energien aufzubauen. Dies funktioniert etwa durch Dialog und Bildung, indem sie den Menschen verdeutlicht, dass erneuerbare Energien nicht nur den CO₂-Ausstoß verringern, sondern auch günstig sind. Angst schürende Verzichtsdebatten oder kurzfristige Subventionsprogramme, bei denen ein paar Glückliche profitieren, helfen dabei nicht. Stattdessen sollte in wirtschaftliche Systeme investiert werden, die bereits selbst nachhaltig sind. Die Möglichkeiten sind alle da, wir müssen sie umsetzen, ein positives Image und hoffnungsvolle Energie sollten hierbei die Treiber sein.

Rita Röhl und Matthias Dießl offiziell verabschiedet

Neben dem Bayerischen Staatssekretär des Innern, für Sport und Integration, Sandro Kirchner, MdL, der die Festrede hielt, sowie dessen Kabinettskollegen Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, der zur Begrüßung in seiner oberfränkischen Heimat zu den Anwesenden sprach, standen beim Festabend der Landkreisversammlung des Bayerischen Landkreistags in der Roland-Dorschner-Halle in Selb am 15. Mai vor allem zwei Personen im Mittelpunkt des Geschehens: Rita Röhl, die bis Ende November 2023 Landrätin des Landkreises Regen und Matthias Dießl, der bis Ende Dezember 2023 Landrat des Landkreises Fürth gewesen war.

Mit dem Ausscheiden von Rita Röhl als einzige niederbayerische Landrätin ist ganz Niederbayern wieder eine Männerdomäne. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, bedauerte dies: „Das ist schade, denn Sie haben sich nicht nur viele Jahre mit Herz und Seele für die Menschen in Regen eingesetzt, sondern auch den Bezirksverband mit Ihrer treffsicheren weiblichen Analyse bereichert.“

Von ihrem Einzug in den Kreistag des Landkreises Regen im Jahr 1978 bis zum Ende ihrer Amtszeit als Landrätin im November letzten Jahres hat Rita Röhl



immer wieder bewiesen, dass sie eine starke Stimme für die Menschen ist. Sie hat die Herzen der Menschen als „rote Rita“ erobert. Bis zu ihrer Wahl zur Landrätin war Röhl von 1990 bis 2017 Bürgermeisterin von Teisnach und hat die Gemeinde in dieser Zeit zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum entwickelt. Als Mitglied im Bezirkstag von Niederbayern und als Vorsitzende des SPD-Unterbezirksremiums Regen war ihre Stimme für soziale Gerechtigkeit und Solidarität unüberhörbar.

Rita Röhl hat viele soziale Projekte unterstützt und sich aktiv gegen Rechtsextremismus positioniert. Ihr beispielhaftes Engagement hat über die Grenzen ihrer Heimat hinaus große Anerkennung gefunden. U.a. die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande und des Bayerischen Verdienstordens beweist das eindrucksvoll.

Der frühere Landrat des Landkreises Fürth Matthias Dießl hat zum Jahresbeginn als Präsident des Sparkassenverbands Bayern eine neue Herausforderung angenommen.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags dazu: „Mit Ihrer umfangreichen Erfahrung im Sparkassenwesen, Ihrer Finanzexpertise und vor allem als langjähriger ehemaliger Landrat sind Sie zweifellos eine optimale Besetzung für diese Position. Mit Blick auf die Bedeutung der Sparkassen für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort sind wir stolz und froh,

dass wieder einer von uns an die Spitze der bayerischen Sparkassen gewählt wurde. Der unmittelbare Kontakt zu den Bürgern wird Ihnen sicherlich fehlen, aber die Landräte, die vielfach in den Aufsichtsgremien der Sparkassen vertreten sind, bleiben Ihnen erhalten!“

Matthias Dießl hat seine Karriere 1996 als Bankkaufmann in Ausbildung bei der Stadtsparkasse Fürth begonnen und stellte in den folgenden Jahren in vielen weiteren Funktionen wie als Existenz- und Unternehmensgründungsberater sein Gespür für Zahlen, für das Mögliche und für das zu möglich Machende unter Beweis.

Berufsbegleitend hat er erfolgreich ein Studium der Betriebswirtschaftslehre absolviert.

2008 wurde er erstmals zum Landrat des Landkreises Fürth gewählt. Von 2014 bis 2023 waren er Bezirksverbandsvorsitzender von Mittelfranken und Mitglied des Präsidiums beim Bayerischen Landkreistag.

Darüber hinaus engagierte er sich in verschiedenen Ausschüssen, darunter im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen, im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr sowie im Ausschuss für Recht und Bildung.

Außerdem hat er sich als Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ im Bayerischen Innovationsring bayernweit einen Namen als Vordenker und Antreiber der digitalen Verwaltung gemacht.

2023 wurde sein Einsatz mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet.



Impressionen



Die Schatzmeisterin und Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags, Landrätin Tamara Bischof, Kitzingen, während der internen Landkreisversammlung



V.l.: Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, mit dem gastgebenden Landrat Peter Berek und dem Ersten Bürgermeister der Stadt Wunsiedel Nicolas Lahovnik



Landrat Peter Berek heißt am ersten Tag die Gäste der Landkreisversammlung in seinem Landkreis willkommen.



Landkreistagspräsident Thomas Karmasin im Austausch mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Vizekanzler Dr. Robert Habeck, MdB, der digital zugeschaltet war.



Landrat Florian Töpfer, Schweinfurt



Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries, meldet sich zu Wort.



Gesprächsrunde zum Thema „Verkonsumieren wir unsere Zukunft? Energie- und Verkehrswende auf dem Prüfstand“ mit dem Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter, MdL, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr Landrat Franz Löffler, Cham, mit der digital zugeschalteten Sprecherin für Energiewirtschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Ingrid Nestle, MdB, dem Vorstandsvorsitzenden der Bayernwerk AG Dr. Egon Leo Westphal und dem Chefredakteur des Magazins „forum Nachhaltig Wirtschaften“ Fritz Lietsch, der die Runde moderierte.



Landrat Klaus Löffler, Kronach



Landrat Martin Neumeyer, Kelheim



*Der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags,
Landrat Thomas Habermann,
Rhön-Grabfeld*



Landrat Otto Lederer, Rosenheim



*Landrat Willibald Gailler,
Neumarkt i.d.OPf.*



*In der Mitte von links: Landrat
Dr. Oliver Bär, Hof, Landrat Peter
von der Grün, Neuburg-Schroben-
hausen, Landrat Anton Speer,
Garmisch-Partenkirchen und der
damalige Landrat aus Neustadt
a.d.Aisch-Bad Windsheim Helmut
Weiß*



*Landrat Sebastian Straubel,
Coburg*



*Hier die komplette Gesprächsrunde
mit dem Bayerischen Staatsminister
für Wirtschaft, Landesentwicklung
und Energie Hubert Aiwanger,
MdL (Mitte)*

*V.l.: Staatsminister Hubert Aiwanger,
MdL, Dr. Egon Leo Westphal und
Moderator Fritz Lietsch*





Landrat Thomas Bold, Bad Kissingen



V.l.: Staatsminister Christian Bernreiter, MdL, Dritter Vizepräsident Sebastian Gruber, Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau, Zweite Vizepräsidentin Tamara Bischof, Landrätin des Landkreises Kitzingen

V.l.: Staatsminister Christian Bernreiter, MdL, Landrat Franz Löffler, Cham, und Dr. Egon Leo Westphal



Landrat Bernhard Kern, Berchtesgadener Land (Mitte) im Austausch mit Landrat Otto Lederer, Rosenheim (rechts)



Vorne 2. v.l.: Landrat Klaus Peter Söllner, Kulmbach, u.a. bei der Besichtigung des Energieparks Wunsiedel



Die A-Cappella-Gruppe Skyscrapers aus dem Fichtelgebirge am Festabend



Sandro Kirchner, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration bei seiner Ansprache am Festabend



Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz am Festabend



Die Runde der Regierungspräsidentinnen und -präsidenten am Festabend



*Landrat Dr. Hermann Ulm,
Forchheim, mit seinen Kreisräten*

Landrat Bernd Sibler (Staatsminister a.D.), Deggendorf, mit Landrat Josef Laumer, Straubing-Bogen (Mitte)





Am Festabend im Gespräch: Landrat Roland Grillmeier, Tirschenreuth (Mitte)



Ursula Heller vom BR moderierte den zweiten Tag.



V.l.: Moderatorin Ursula Heller und Landrat Dr. Oliver Bär, Hof



V.l.: Christine Völzow, Geschäftsführerin und Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik, vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Sophia Rödiger, Chief Marketing Officer 1KOMMA5°, mit der Moderatorin Ursula Heller vom BR



V.l.: Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Präsident Thomas Karmasin, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, und Staatssekretär der Finanzen und für Heimat Martin Schöffel, MdL



Landkreistagspräsident Karmasin im Austausch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten zum Thema „Energiegeladene Landkreise: Zukunftstreiber im Freistaat“



Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL



Der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Habermann, Rhön-Grabfeld, bei seinen Schlussworten





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de